Freitag, 8. Dezember 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 272

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt .. .. 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 60.— M. Reklameteil . . 180.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M. „ „ Reklameteil 60.— d. M.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Immer wieder: die Minderheiten.

„Eine der gefährlichsten und brennendsten Angelegenheiten unseres Staates ist, sich über das Schicksal derjenigen Gruppen von Bürgern klar zu werden, die keine Polen sind." So schreibt der „Kurjer Polski" in seiner Ausgabe vom 10. November. Das polnische Blatt stellt fest, daß Polen ein Nationalitätenstaat ist und daß es daher unbedingt notwendig ist, das Staatsinteresse mit dem Wohle der Volksstämme in Einklang zu bringen. Er warnt an der Hand der Geschichte vor einer Politik der Entnationalisierung der nichtpolnischen Volksstämme, „denn noch keinem Staate ist es gelungen, einem Volke Seele und Sprache zu entreißen, das von seinem Grund und Boden nicht weicht, ein Volksbewußtsein hat und eine gesunde Grundlage zu seiner intellektuellen Entwicklung besitzt." Der Aufsatz schließt mit den Worten: „Die Menschheit wird sich noch lange mit dem Problem der streitenden Völkerschaften abquälen. „Lassen wir (Polen) es nicht dazu kommen, daß man von uns wieder sage, daß wir als die einzigen nichts gelernt haben."

Eingehender befaßt sich mit der Minderheitenfrage der Sejmabgeordnete Adam Uziembło im „Kurjer Lwowski", Nr. 266 vom 24. November. Er schreibt im Leitaufsatze: „Wir sprachen viel von Toleranz. Die Konstitution vom 17. März ist durchweht von diesem edlen Geiste des Verständnisses und der Anerkennung der Rechte eines jeden Menschen auf seine Religion, seine Muttersprache, seine Kultur. Ohne Einschränkungen hat der verfassunggebende Sejm die nichtpolnische Bevölkerung berufen, über ihre eigenen Belange zu entscheiden und über die Gesetze mitzubestimmen. Fragen wir uns nun aufrichtig: hat der Sejm das alles nur deshalb getan, um gleich zu Beginn diesen Völkerschaften den Fehdehandschuh ins Gesicht zu werfen und zu erklären, daß Polen eher unter der Herrschaft der Reaktion sein könne, es aber beileibe nicht dulden könne, daß der nichtpolnische Bevölkerungsteil am Staatsaufbau mitarbeite?"

„Der verfassunggebende Sejm hat seine Aufgabe nicht ganz gelöst. Er hat nämlich vergessen, etwas zu tun, daß die verschiedenen Völkerschaften in Polen friedlich zusammenleben, er verstand es nicht, allen Bürgern unseres Staates den Schutz angedeihen zu lassen. Es hat sich gezeigt, daß auch bei uns **nur diejenigen zu ihrem Rechte kommen, die in eigenen Angelegenheiten selber reden.** Daher darf es niemanden wundern, wenn jetzt jene reden werden, die bisher nicht den Schutz fanden, der ihnen gebührt. Wir werden so manche bittere Anklage, so manches Leid zu hören bekommen. Wir werden es anhören müssen, mit Ruhe und Würde und Reue. Unser ist die Schuld. Da wir diesen Anklagen kein Gehör schenkten, als sie von polnischen Abgeordneten um der Gerechtigkeit willen erhoben wurden, werden sie jetzt vorgebracht werden, und zwar nachdrücklicher, von jenen, die es angeht und die oft Unrecht erlitten. Es wird das eine bittere Pille sein."

Auch Herr Kierski beschäftigt sich wieder einmal mit der Minderheitenfrage. Er tut dies in einem Leitaufsatz des „Dziennik Pozn." (Nr. 278), der die Überschrift trägt: „Die Rechte der nationalen Minderheiten". Herr Kierski wirft in diesem Aufsatz die Frage auf: „Hat der Minderheitenschutzvertrag überhaupt noch Sinn und Zweck, nachdem die Verfassung der Republik Polen in Kraft getreten ist?"

Er schreibt:

„Auf Grund des Art. 7 des Vertrages sind alle polnischen Bürger ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion vor dem Gesetze gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte. Der Unterschied der Religion oder des Bekenntnisses darf polnischen Bürgern beim Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte nicht hinderlich sein, besonders bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Pflichten und Würden oder bei der Ausübung verschiedener Berufe und Gewerbe. Es werden keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die den freien Gebrauch irgendeiner Sprache, sei es im privaten oder im Handelsverkehr, in Religions- oder in Presseangelegenheiten, in Veröffentlichungen aller Art oder in öffentlichen Versammlungen einschränken. Ohne Rücksicht auf die Festsetzung der Amtssprache durch die polnische Regierung sollen den anderssprachigen polnischen Bürgern beim mündlichen wie auch schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht entsprechende Erleichterungen gemacht werden. Die Verfassung findet sich mit alledem kürzer ab. Art. 96 besagt, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, und daß die öffentlichen Ämter unter den durch das Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen für alle gleich zugänglich sind. Art. 109 bestimmt, daß jeder Bürger das Recht hat, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und seine nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen. Schließlich verbürgt Art. 111 allen Bürgern Gewissens- und Bekenntnisfreiheit: Kein Bürger darf wegen seines Bekenntnisses und seiner religiösen Überzeugungen in den andern zustehenden Rechten beschränkt werden. Das sind Vorschriften, die alle Bürger überhaupt betreffen. Ihr hauptsächlichstes Merkmal ist die Zusicherung gleicher Rechte für alle. Alle sollen gleichmäßig behandelt werden. Der Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion darf im gegebenen Falle keine Rolle spielen und keine Beschneidung oder Beschränkung im Gebrauch der vollen Bürgerrechte zur Folge haben. Allen Bürgern ist die Freiheit des Bekenntnisses und völlige Freiheit im privaten oder öffentlichen Gebrauch ihrer Muttersprache zugesichert. Der Zusatzvertrag verlangt außerdem, daß den fremdsprachigen polnischen Bürgern der Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht (aber nicht in Verwaltungsämtern und anderen) erleichtert wird. Welcher Art diese Erleichterungen sein sollen — das bestimmt der Vertrag nicht. Solche Erleichterungen bestehen bereits in der Ernennung von Gerichtsdolmetschern. Die Einführung von größeren Erleichterungen hängt vom Ermessen der Regierung ab. Natürlich betrifft das nur diejenigen Bürger, die die polnische Sprache nicht kennen.

Angesichts dieser allgemeinen Bestimmungen scheint der größere Teil des folgenden 8. Artikels des Vertrages überflüssig zu sein. Dieser Artikel lautet: Polnische Bürger, die zu ethnographischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten gehören, werden ebenso behandelt und erhalten dieselben gesetzlichen und faktischen Garantien wie die andern polnischen Bürger. Beispielsweise haben sie das gleiche Recht, auf eigene Kosten Wohltätigkeitsinstitutionen, religiöse oder soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, zu führen und zu kontrollieren, sowie das Recht, in ihnen ihre eigene Sprache ungezwungen zu gebrauchen und ihre religiösen Verrichtungen in ihnen frei durchzuführen. Dieser Artikel, dessen Inhalt fast wörtlich im Art. 110 der Verfassung wiederholt ist, enthält zum ersten Male die Bezeichnung „ethnographische, religiöse und sprachliche Minderheiten". Diesen Minderheiten sind hier eigentlich dieselben Rechte zuerkannt, wie allen anderen polnischen Bürgern im vorhergehenden 7. Artikel. Diese Wiederholung betreffs der Minderheiten könnte also völlig überflüssig erscheinen. Warum speziell den Minderheiten „dieselbe Behandlung und dieselben gesetzlichen und faktischen Garantien gewähren", wenn „alle Bürger ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion dieselben Rechte genießen sollen?" Die Erklärung finden wir im ersten Absatz des Art. 12 des Vertrages, wonach die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel eine Verpflichtung von internationaler Bedeutung bilden und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden . . . wenn sie Personen betreffen, die zu Rassen-, Religions- oder Sprachenminderheiten gehören." Von solchen „Minderheiten" spricht der Vertrag nur in Art. 8 und 9. Also nur diese Artikel haben die Garantie des Völkerbundes. In den übrigen Artikeln wird überhaupt von polnischen Bürgern gesprochen, die sich durch Sprache oder Bekenntnis unterscheiden, aber der Begriff „Minderheiten" wird nicht gebraucht. Daraus folgt, daß auf die Vorschriften, die in diesen letzten Artikeln enthalten sind, die Garantie des Völkerbundes sich nicht beziehen. Eine solche Auslegung des Zusatzvertrages ist nur möglich, wenn der Vertrag Ausnahmebestimmungen enthält, die nach dem allgemein angenommenen Rechtsprinzip einer näheren, aber nicht verbreiternden Auslegung unterliegen. Eine solche Kommentierung ist außerdem sehr notwendig, da es uns in vielen Fällen von der uns beleidigenden Kontrolle des Auslandes befreit. Welche Bestimmungen speziell für die nationalen Minderheiten enthält denn Art. 9 des Vertrages? Durch ihn wird der polnischen Regierung die Pflicht auferlegt, den fremdsprachigen Kindern in den Anfängerschulen den Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilen zu lassen und den ethnographischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten die „berechtigte Teilnahme" an der Benutzung der aus öffentlichen Fonds für Erziehungszwecke und andere Zwecke bewilligten Summen zuzusichern. Gegenüber den polnischen Bürgern deutscher Sprache wird diese Bestimmung nur in den Teilen Polens angewandt werden, die früher zu Deutschland gehörten. Die März-Verfassung geht weiter; denn der Artikel 109 gewährt den Minderheiten „vollkommen freie Entwickelung ihrer nationalen Eigenheiten mit Hilfe autonomer Minderheitsverbände öffentlich-juristischen Charakters im Bereich der allgemeinen Verwaltungsverbände" und behält für die Staatsorgane nur das Recht der Kontrolle ihrer Tätigkeit vor. Die übrigen zwei Artikel des Vertrages, 10 und 11, betreffen ausschließlich die Juden. Im Artikel 10 werden ihnen dieselben Rechte bezüglich des Sprachengebrauchs in den Schulen und der Verteilung der Fonds zugesichert, die bereits den anderen Minderheiten in Art. 9 grantiert worden sind. Artikel 11 gewährt ihnen das Recht, den Sabbath zu heiligen — ein Recht, das ihnen die Regierung nicht nur nicht abzunehmen gedenkt, sondern das ihnen ausdrücklich in Artikel 111 der Verfassung garantiert wurde. Das sind die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen. Wir sehen, daß unsere Verfassung sie auf einer bedeutend breiteren Grundlage gefaßt hat, als der Zusatzvertrag. Deshalb schließe ich damit, wovon ich angefangen habe: daß dieser Vertrag bereits vollkommen überflüssig ist. In dem Augenblick, als die Verfassung vom 17. März 1921 in Kraft trat, hätte sich die polnische Regierung um die Aufhebung des Vertrages als eines mit dem Grundsatz der Souveränität unseres Staates unvereinbaren Vertrages bemühen müssen."

Soweit Herr Kierski. Timeo Danaos et dona ferentes. Zu fürchten sind die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen. Vorsicht vor Herrn Kierski, auch wenn er die Minderheiten auf Grund der Verfassung schützen will. Zur Sache aber ist zu sagen: Wenn schon untersucht werden soll, welche Verträge, Bestimmungen oder Verordnungen jetzt, nach Einführung der Verfassung, zu beseitigen sind — und diese Frage ist, wie wir schon wiederholt erklärten, längst reif —, dann muß doch wohl an einer anderen Stelle der Anfang gemacht werden als an der Herrn Kierski dazu geeignet erscheinenden. Es kommt doch wohl nicht so sehr darauf an, daß Verträge und dergleichen aufgehoben werden, die durch die Verfassung „überflüssig geworden sind, weil die Verfassung „weiter geht"

Wer wird Präsident der Republik?

Daszyński, Morawski, Narutowicz, Nowak, Trąmpczyński, Witos, Wojciechowski oder ???

Auch der Mittwoch und Donnerstag vormittag hat noch keine Lösung der politischen Probleme gebracht. Es ist nicht einmal irgend eine Veränderung eingetreten, die darauf schließen ließe, zwischen welchen Männern schließlich die engere Wahl der Nationalversammlung zu entscheiden haben wird. Nur ein einziger Kandidat steht ganz fest, das ist Wojciech Trąmpczyński, der Kandidat der Rechten. Auch hier wieder zeigt die Rechte viel größere Geschlossenheit und wirklich zielbewußtes Handeln. Durch die einmütige Aufstellung dieses Kandidaten hat sie von vornherein einen großen Vorsprung vor der zerklüfteten und zerspaltenen Linken, die keine Einheit darstellt, deren verschiedene Parteien jede ihren eigenen Demonstrationskandidaten aufstellen und noch dazu jeden Tag andere. Außerdem hat die Linke den großen Fehler gemacht, die Nationalen Minderheiten ganz und gar auszuschalten und bei Seite liegen zu lassen. Trotzdem die Minderheiten, besonders die Deutschen, immer viel Sympathien für Piłsudski gezeigt hatten, trotzdem ihnen, allerdings in übertreibender Weise, die Losung: „Unser Mann ist Piłsudski" in den Mund gelegt werden konnte, trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen) wurden die Minderheiten zu der Rede Piłsudski nicht eingeladen. Das war die Furcht vor der „Chjena", die mit der „nationalen Straße" (was für eine schöne Zusammenstellung!) drohte für den Fall, daß ein Staatspräsident sich auf die Minderheiten stützen würde. Die Linke hat sich einschüchtern lassen, ein Teil von ihr, Polnische Volkspartei und Nationale Arbeiterpartei, liebäugelt bereits ganz offensichtlich mit der Rechten, bald wird der Kuhhandel geschlossen sein, und ein Bruch in der Linken ist fertig. Dem massiven Block der zielbewußten Rechten würden dann drei andere Gruppierungen gegenüberstehen: 1. der Teil der Linken, der bei der Wahl des Staatspräsidenten mit der Rechten stimmt, 2. der Rest der Linken, der seinen Grundsätzen treu bleibt, 3. die nationalen Minderheiten. Die raubgierige Hyäne kann sich dann rühmen, Ehre und Gewissen einem großen Teil ihrer Volksgenossen geraubt und die Grundsätze der Demokratie, Gleichberechtigung und des innerpolitischen Anstandes in den Schmutz getreten zu haben. Aber vielleicht sehen wir zu schwarz und im letzten Augenblick siegt doch Ehrgefühl und Selbstachtung in den schwankenden Charakteren der Linken. Der Fehler freilich ist gemacht und kann nicht zurückgenommen werden, daß die Linke die Minderheiten zu den Beratungen über die Kandidatur des Staatschefs nicht einlud.

Die Leute von der „nationalen Einheitsfront" stellen also den bisherigen Sejmmarschall und jetzigen Senatspräsidenten Trąmpczyński auf. Witos selbst leugnet bisher, daß er für den Posten des Staatspräsidenten kandidieren wolle, doch wartet er wohl nur noch auf eine Aufforderung. Innerhalb der Polnischen Volkspartei Piast ist auch noch eine andere Kandidatur aufgetaucht, die des ehemaligen Innenministers und gegenwärtigen Senators Wojciechowski, der zu den persönlichen Freunden Piłsudski gehört und auch sonst bei der Linken Sympathie genießt. Die Polnische Sozialistische Partei will ihren Führer Daszyński aufstellen, die Wyzwolenie-Partei den bisherigen Außenminister Narutowicz. Offenbar haben alle diese Kandidaturen, vorläufig wenigstens, nur Demonstrationscharakter. Schon vorgestern meldeten wir, daß auch der bisherige Premier Nowak und der Krakauer Akademiepräsident Morawski in Frage kommen könnten oder wenigstens genannt worden sind. Schließlich kann es auch so kommen, daß im letzten Augenblick ein Kandidat auftaucht und auch gewählt wird, den man bisher noch gar nicht genannt hat.

Pressestimmen.

Der „Dziennik Gdański", ein auf seiten der Linken stehendes Blatt, schreibt in einer Korrespondenz aus Posen folgendes: „Es schien einige Tage so, als ob sich die Nationale Arbeiterpartei ganz auf die Seite der Rechten stürzen würde, ebenso die Partei der Bauern (Witos). Allein der Kitt, der sie zusammenhalten soll, ist, scheint's, doch ziemlich schwach. Schon sind wieder Differenzen eingetreten, die immer wiederkehren werden, da hier ganz entgegengesetzte Elemente allein durch einen falschen „Nationalismus" schwach verbunden sind, einen Nationalismus, der sich im Bekämpfen der nationalen Minderheiten, also in rein negativem Sinne erschöpft. Und gerade diese Richtung der Politik der Rechten wird für sie nicht von Erfolg gekrönt sein, weil sie den rechtlichen Grundlagen des Staates widerspricht. Man will die nationalen Minderheiten an der Regierung nicht teilnehmen lassen und so Polen — den Bestimmungen der Konstitution zuwider — als National- und nicht Nationalitätenstaat behandeln."

„Kurjer Polski" gibt eine Unterredung mit Zamorski, einem Führer der Nationaldemokratie, über die innere Politik dieser Partei im Zusammenhang mit der Regierungsbildung und der Präsidentenwahl wieder: Zamorski — so schreibt das Blatt — erklärte unserem Korrespondenten gegenüber, daß die Nationaldemokratie auch weiter bestrebt sein werde, eine Mehrheit hervorzubringen, mit deren Hilfe sie die Regierung bilden könnte. Es handelt sich um eine Regierung, die fähig wäre, auf allen Gebieten und vor allen Dingen die Finanzen zu sanieren. Ich persönlich glaube an die praktische Verwirklichung einer Koalition mit den Volksparteilern und an einen praktischen Erfolg dieser Koalition nicht, noch wünscht meine Partei diese Koalition.

„Kurjer Poranny" schreibt: „Wenn die republikanischen Parteien (d. h. die Linke) sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen werden, wenn sie ihrer zwei oder drei aufstellen, so kann die Lage eine Wendung zugunsten der Kandidatur Trąmpczyńskis nehmen. Bei dieser Sachlage ist es die Pflicht eines jeden, der nicht dem republikanischen und demokratischen Charakter Polens den Todesstoß versetzen will, sich aufs stärkste zu bemühen, daß alle Stimmen, außer denen des Chjena-Blocks, sich auf eine, eine einzige Kandidatur versammeln, um sie schon bei der ersten Abstimmung in der Nationalversammlung durchzubringen. Wer dieser Kandidat ist, das ist eine Frage erst zweiter Bedeutung. Im Gegenfalle wird zum Präsidenten ein Mann gewählt, dessen ergebenes Posener Organ (der „Dziennik") seit einer Reihe von Monaten eine angestrengte monarchistisch-faszistische Propaganda treibt. Gar leicht können die Parteien der polnischen Linken einen Mac Mahon ins Belvedere und einen Mussolini in den Palast des Ministerpräsidenten in der Krakauer Vorstadt führen, wenn sie jetzt nicht kleinlichen Hader und persönliche Rivalitäten aus dem Spiele lassen."

als sie — ob das in Bezug auf den Minderheitenschutzvertrag zutrifft, wird noch besonders zu untersuchen sein, — als vielmehr darauf, daß endlich Verträge und Verordnungen beseitigt werden, die in Widerspruch zu der Verfassung stehen. Also wie wäre es z. B., wenn zunächst einmal so schnell als möglich die der Verfassung gründlich widersprechende Verordnung der Posener Naczelna Rada Ludowa vom 11. Juni 1919 mit dem berühmt gewordenen Schlußartikel von der wrogie polskości usposobienie (Artikel 3) beseitigt würde? Danach könnte man ja immerhin an die Prüfung der Frage herantreten, ob der Minderheitenschutzvertrag durch die Verfassung überflüssig gemacht worden ist.

Die Verzichtrede Piłsudskis.

(Schluß.)

Der Staatschef Józef Piłsudski fuhr in seiner Rede, deren erste Hälfte wir gestern brachten, folgendermaßen fort:

„Ich gehe zu dem wichtigsten Funktionsgebiet des Präsidenten der Republik über: zu der Repräsentation. Ich erinnere mich daran, daß ich in jungen Jahren Vorliebe dafür hatte, die Biographien großer Männer zu lesen, wobei ich mich besonders mit den großen Königen befaßte. Jeder von ihnen beklagte sich über die Last der Repräsentation. Ich lachte darüber und bin bestraft worden. Jene Last ist auf mich gefallen, und solche Lasten sind sehr groß. Sie beruhen darauf, daß man selten für sich sein kann. Jedes Auftreten außerhalb des Hauses und sogar im Hause selbst ist von gewissen Zeremonien begleitet, von einem gewissen Zwang gegenüber sich selbst, einem Zwange, der für die Repräsentationsarbeit notwendig ist. Auch in meinen täglichen Beschäftigungen bin ich davon nicht frei: Audienzen, Audienzen und wieder Audienzen. Die Repräsentierung des Staates ist eine wichtige Aufgabe. Der Präsident kann nicht für sich sein, weil er alle repräsentiert, — die Minister, mit denen er zu keiner Einmütigkeit gelangen will oder kann, der sich ungewöhnlich frei aussprechende Sejm, diese und jene Tendenzen oder diese und andere Strömungen, die in der Öffentlichkeit vertreten sind, usw. Gleich will ich einräumen, daß ich mich nicht über die von mir ausgeübten Repräsentationsfunktionen beklage, daß ich vielmehr der Meinung bin, daß die Repräsentation notwendig ist. Es ist Pflicht des Präsidenten, den Staat nach außen hin würdig zu vertreten. Es ist dies eine Notwendigkeit, mit der er sich abzufinden hat. Zur Repräsentation ist Geld notwendig, sonst wird gerade die Not repräsentiert, wie es bei mir der Fall war. Das bedeutet aber nicht, daß ich Klage führe. Ich betone also, daß die Repräsentation Kosten verursacht und der künftige Präsident der Republik Geld gebrauchen wird. Während meiner Amtstätigkeit war ich oft nach einem anläßlich eines Repräsentationsempfanges veranstalteten Essen bankrott. Die Verfassung beschränkt den Präsidenten der Republik darauf, den Staat nur nach außen zu repräsentieren. Der Artikel hierüber lautet: Der Präsident der Republik repräsentiert den Staat nach außen.

Ich gehe zur dritten wichtigen Frage über, und das ist das Verhältnis des Präsidenten der Republik zum Heere. Diesem Verhältnis des Präsidenten der Republik zum Heere widmete ich eine sehr lange Zeit, und ich nahm an, daß mit dem Wesen des Oberhauptes des Heeres nichts weiter verbunden ist als seine Führung. Indessen ist dem Oberhaupt das Peinlichste übergeben worden, und zwar die Ausmessung der Strafen. Für mich als Soldaten ist es interessant, daß die Verfassung nichts über das Verhältnis des Präsidenten der Republik zum Heere in Friedenszeiten sagt. Artikel 46, der über das Verhältnis zum Heere spricht, betrifft nicht die tägliche Friedensarbeit des Heeres, diese Frage bleibt einer freien Interpretierung überlassen. Ich will die Herren nicht allzu lange mit dem Heere aufhalten. Ich trete vor Sie in Uniform und fühle als Beamter und Staatsdiener sehr wohl, in welcher Lage ich mich befinde. Ich bin als Expert der Haupteigenschaften der Arbeit des Präsidenten der Republik, wie sie die neue Verfassung abgrenzt, hergekommen. Sie ist hinsichtlich des Vertreters des Staates außerordentlich vorsichtig und stellt ihn zurzeit mit seiner Person und seinem individuellen Einfluß unter die Obhut der Minister. Der persönliche und individuelle Einfluß gehört zum Charakter des Gewählten. Wie stark diese Obhut ist, davon sprach ich schon. Meine Tätigkeit läßt sich in Perioden einteilen: die ersten beiden Kriegsjahre und die beiden darauffolgenden Friedensjahre. Ich bekenne mich von vornherein zu meinen Fehlern. Entgegen meinem Willen zum Staatschef gewählt, habe ich sogleich die Grenzen meiner Macht überschritten. Ich nahm an, daß der Sejm, als er sich zur Ausarbeitung der Verfassung versammelte, diese Frage schnell erledigen würde. Ich war Staatschef und oberster Heerführer in einer Person. Auf diese Weise wurde mir ein seltenes Glück zuteil, ein Glück für mich und für die, die mich auf diesen Posten gestellt haben. Ich will nicht leugnen, daß ich meine ganze Macht ausgenutzt habe, daß ich niemanden fragte. Als aber der Friede nahte, blickte ich in die „kleine Verfassung“ und sagte mir gleich: Du kannst nicht. Das will ich für die Geschichte sagen. Es trat ein seltener Fall ein, als es nach der Parteizersplitterung in Polen gelang, eine Regierung der Mitarbeit aller Parteien zu bilden. Außerdem gelang es, an die Spitze der Regierung Männer zu stellen, die zu wirklicher Arbeit bereit waren. Da standen alle Parteilager in einem Gliede zur Verteidigung des Vaterlandes.

Ich fasse mich vor Ihnen über die Ausübung der Funktionen des Staatschefs kurz. Vor allen Dingen also, was die Minister betrifft: Ich habe die Regierungsmethode der Beeinflussung niemals anerkannt. Ich konnte auch keine Obhut vertragen.

Ich habe die Schlüsse daraus gezogen und klar und offen auf die Initiative in der Ausübung eines Einflusses verzichtet. Ich sagte jeder Regierung, die sich mir vorstellte: Sie sind sogar für mich verantwortlich, meine Herren, also regieren Sie, ich bin ein Nichts; wenn jemand von Ihnen oder alle zugleich meinen Einfluß wollen, dann sagen Sie es, ich sage dann meine Meinung, warne Sie aber, da dies nicht immer ungefährlich sein wird. Ich will nicht behaupten, daß das ein ermutigender Empfang war, ich will auch nicht behaupten, daß es für die Herren Minister leicht war, sich um dieses Einflusses willen an mich zu wenden, aber mit Rücksicht auf meinen Charakter konnte ich nur auf diese Weise aus der Situation herauskommen. Was die Obhut der Herren Minister über mich betrifft, so führe ich ein charakteristisches Beispiel an, nämlich daß mein langjähriger Freund, der General Sosnkowski, zuweilen schwere Stürme aushalten mußte, weil er für mich Verantwortung übernehmen und mir die sorgsamste Obhut angedeihen lassen wollte.

Über das Verhältnis zum Sejm will ich nicht viel sagen, — hier war der Einfluß gering, und man sah sich ungern.

Noch einige Worte über die Repräsentation. Ich werde nicht vom Geld sprechen, ich dürstete nicht danach, und in dem „Käfig“, wie ich meine Lage nannte, suchte ich kein Gold. Ich hatte trotz allem in der Rolle des Vertreters des Staates eine ziemlich bedeutende Erleichterung: Der sonderbare Lebenslauf, die Wetterstrafen, mit denen mich das Schicksal bedachte, sowie der stolze, ruhige Kopf weckten allgemeines, weitreichendes Interesse. Das hat unfehlbar meine ungeheure Repräsentationsarbeit, zu der es mich niemals gezogen hat, erleichtert. Dagegen bin ich der Meinung, daß man die Lage des künftigen Präsidenten der Republik wird erleichtern müssen und nicht erschweren, wie mir. In der Repräsentation des Staates nach innen, die mir nicht verboten war, stieß ich auf eine Erscheinung, die mit unwiderstehlicher Macht in meinem Denken tiefe Spuren hinterlassen hat. Tausende und Abertausende von Zusammenkünften und so viel Unterredungen ohne Rücksicht darauf, mit wem, ob reich, ob arm, gebildet oder nicht, schwach oder stark, einer Organisation angehörend oder frei einherschreitend: überall ein und dasselbe: die Erwartung, daß ich eine so große Macht habe, daß ich tiefergreifende oder auch geringfügigere Änderungen durch eigenen Willen oder eigene Entscheidung verfügen könne. Ein recht sonderbarer Widerspruch besteht zwischen dem Geiste dieser Forderungen und der wirklichen Lage. Ich fühlte mich angesichts dieser Stürme in sehr schwacher Stellung. Diesen Eindruck gebe ich Ihnen ganz wie er ist. In der Frage des Heeres will ich wegen dem, was ich schon vorher gesagt habe, nicht mehr sagen. Ich sage nur, daß ich aus dem verwickelten Widerspruch zwischen dem faktischen Bestehen des Obersten Heerführers und seiner Existenz in der Verfassung nicht herauskommen konnte.

Ich kann nicht umhin, noch eine Seite des Lebens des Repräsentanten des Staates und der Nation bei unseren polnischen Sitten zu erwähnen. Ich war Zielscheibe für Wurfgeschosse verschiedener Arten. Es waren da Blumen, die aufrichtige Bewunderung und Liebe zum Ausdruck brachten. Es waren auch andere Blumen, die mich mehr als alles rührten. Es waren Geschenke, die mir nicht als Person, sondern als Beamten gemacht wurden. Besonders wenn sie mir von Widerwilligen oder sogar Feinden persönlich gemacht wurden. Die polnischen Sitten kennen aber auch andere Wurfgeschosse, die weniger wohlriechend sind, Wurfgeschosse, für die der künftige Präsident der Republik, der vielleicht weniger ruhige Nerven haben wird als ich, vorbereitet werden muß. Ich habe diese Wurfgeschosse mit dem Soldatenausdruck „Stinkgranaten“ genannt, die mich mit ihrem Gestank ersticken wollten. Als Soldat ertrage ich die Granaten leicht, und sie machen auf mich fast gar keinen Eindruck — sie stinken, weiter nichts. Die langwierige Knechtschaft hat verschiedene Sümpfe und Moräste hinter sich zurückgelassen. Was mich betrifft, so gehe ich auf Jagden, sogar auch dann, wenn auf mich gejagt wird, leicht, weil ich einen leichten Gang habe, obwohl manchmal eine schwere Hand. Nach dem Durchschreiten des Sumpfes beschaue ich die etwas naß gewordenen Füße und gehe dann weiter. Genug davon.

Geehrte Herren! Wie Sie wohl aus meiner ganzen Ansprache ahnen werden, danke ich Ihnen herzlich für den Vorschlag meiner Kandidatur für den Posten des Präsidenten der Republik. Ich kann mich nicht mit der in meiner Botschaft an den Sejm enthaltenen Aufforderung: „den rechten Mann an den rechten Platz“ in Widerspruch setzen. Ich bin nicht der Meinung, daß gerade meine Person die geeignete ist bei diesen Charaktermerkmalen, die unabtrennbar sind von der individuellen Arbeit, die durch die Konstitution auferlegt wird. Hören Sie bitte meinen Rat an. Stimmen Sie für mich nicht. Wählen Sie einen Mann, der einen schwereren Gang, dafür aber eine leichte Hand hat. Aus dem Sumpf und Morast muß man herauskommen. Ein Mann mit leichtem Gang geht über ihn zu schnell hinweg und hilft dadurch nicht den andern. Eine leichte Hand dagegen ist nötig, um ein Kompromiß zustande zu bringen. Kompromiß ist ein unglückliches Wort. In vielen Gemütern verbindet man damit den Begriff Verrat. Das Kompromiß ist aber eng mit dem Wesen der Demokratie verbunden. Es beruht nämlich auf der Erkenntnis, daß nicht nur einseitig mein Wille und Streben berechtigt ist, im Staate sich zu äußern, sondern daß das gleiche Recht der Wille und das Streben anderer hat. Das Kompromiß wird dadurch erleichtert, wenn seine Notwendigkeit, die sich von selbst aufzwingt, den Grundsatz zur Reife bringt, die anderen als Mitbürger zu achten. Die Zusammenarbeit ist dann leicht, und der Wille einer Seite langt niemals nach dem Lorbeer, koste es was es wolle, in allen Erscheinungen des Staatslebens zu dominieren.

Ein solches Kompromiß mit Hilfe von Beeinflussung kann stufenweise eine leichte Hand, nicht aber eine schwere Hand zustande bringen, die sehr leicht zur Gewalt greift. Deshalb rate ich nicht, bei Kandidaturen von ausgeprägter Parteischattierung zu verweilen. Ich rate nicht, den künftigen Präsidenten der Republik in einen schweren Konflikt zwischen den Verpflichtungen zu bringen, die er gegenüber allen, und solchen, die er gegenüber einigen hat.

Indem ich mich von Ihnen verabschiede und das Buch unserer gemeinsamen Geschichte schließe, gestatten Sie mir, daß ich etwas Wärme in meine trockene Rede strömen lasse. Vier Jahre meines Lebens sind vergangen — ich sehe unter Ihnen manchen, der im Laufe der verflossenen vier Jahre für eine kurze Zeit oder für eine längere Zeit willig und loyal seine helfende Hand mir entgegenstreckte. Für diese Hilfe will ich herzlich danken und versichern, daß ich alle, die mit mir zusammen, wenn auch nur eine Weile, auf dem geschichtlichen Wege, einem sandigen und schmutzigen, den ich in den letzten Jahren durchmaß, gingen, in angenehmer Erinnerung bewahren werde.

Aus dem politischen Leben.

Die Staatszugehörigkeit des Abgeordneten Naumann.

Die Frage der Staatszugehörigkeit des deutschen Abgeordneten und Vorsitzenden des deutschen Sejmklubs Eugen Naumann ist in tendenziöser Absicht aufgeworfen worden, um die Deutschen eines ihrer hervorragendsten Führer zu berauben. Außerdem bietet diese Frage auch an sich genug Interesse, da an jeden Deutschen in Polen unter Umständen ähnliche Probleme herantreten können. Wir bringen daher eine genaue sachliche und juristische Erörterung dieser Frage.

Die Grundlosigkeit des Protestes gegen die polnische Staatszugehörigkeit des Abgeordneten Naumann ergibt sich aus folgenden Angaben: Herr Naumann entstammt einer Familie, die seit hundert Jahren im Gebiet des jetzigen Polens ansässig ist. Der Urgroßvater des Herrn Naumann (von Vatersseite) kam vor hundert Jahren und starb in Polen. Sein Großvater lebte von seiner Kindheit an ständig in Posen und starb ebenfalls dort. Sein Vater wurde in Posen geboren, lebte sein ganzes Leben lang im Posenschen und starb auch in Posen. Der Vater seiner Mutter kam ebenfalls vor hundert Jahren in die damalige Provinz Posen und lebte dort bis zu seinem Tode. Die Mutter des Herrn Naumann wurde im Posenschen geboren, sie war dort dauernd ansässig und lebt auch heute noch als polnische Staatsbürgerin in Posen.

Der Sejmabgeordnete Naumann wurde am 2. Januar 1874 in Mikuszewo, Kreis Wreschen, geboren. Sein Vater war seit dem Jahre 1860 Pächter des Gutes Mikuszewo. Dieses Gut hat er auch in seinem Todesjahre, das heißt im Jahre 1900, in Pacht gehabt. Herr Naumann entstammt also einer Familie, die dauernd im gegenwärtigen Polen ansässig gewesen ist, und auf Grund des Art. 4 des Zusatzvertrages über den Schutz der nationalen Minderheiten besitzt er das polnische Staatsbürgerrecht. Wenn die polnischen Behörden der eigenartigen Meinung sind, daß die Eltern noch am 11. Januar 1920 den ständigen Wohnort im gegenwärtigen Polen haben müssen, so ist eine derartige Auffassung dieses Artikels nicht gut möglich. Denn der Rat des Völkerbundes hat am 30. September d. Js. entsprechend dem Gutachten seiner Untersuchungskommission erklärt:

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(15. Fortsetzung.)

Begleitet war die Gesellschaft von einem nicht besonders intelligent aussehenden Dragoman und einem Spahi als Vertreter der Obrigkeit, die aber hier nichts mehr zu sagen hatte, und der sich ebenfalls hier nicht recht am Platze fühlte. Ringsum ritten schweigend und unerschütterlich zehn Männer vom Stamm der Beni Humajun. Als die kleine Truppe auf den freien Platz vor dem Zelt des Schechs anritt, zeigte sich kein weibliches Wesen aus dem Duar. Die alte, strenge Sitte trat mit voller Schärfe in ihr Recht. Auch der Schech war unsichtbar, nur Said Ibrahim stand in voller Würde, ohne den lächelnden Zug, vor dem Zelt seines Vaters. Der Dragoman stieg alsbald vom Pferd — er und der Spahi waren die Einzigen, die solche ritten — und bat, nicht ohne Unsicherheit, aber in wohlgesetzter Rede um Obdach und Imbiß. Und ohne gefragt zu sein, erzählte er in seiner nordalgerischen Mundart, daß diese Gesellschaft auf einem kleinen Ausflug begriffen gewesen sei, als die Kunde von kriegerischen Unternehmungen verschiedener Stämme zu ihr drang. Wohl mehr aus Angst, denn aus Not sei er vom Wege abgewichen, um seine Schutzbefohlenen im Bogen nach Biskra zurückführen zu können, sei aber in die Irre geraten und, ohne Hilfe unterwegs zu finden — auch die Vorräte seien jetzt zu Ende — schließlich hier gelandet. Sidi Marik hielt diesen Algerier im Stillen für ein großes Rindvieh oder einen höchst geriebenen Gauner. Denn unter gewöhnlichen Verhältnissen war es gar nicht möglich, so ungeheuer tief ohne jeden Widerstand ins Land einzudringen. Die Herrschaften hörten dem Gespräch mit verständnislosen Mienen, aber nicht ohne bange Sorge zu. Wie Sidi Marik nachher erfuhr, waren es ein Walzwerksbesitzer Kronenstein nebst Gattin und Gesellschafterin, einem Fräulein Keßler, und ein Ehepaar Beaulieu aus Paris. Die Dienerschaft hieß — natürlich — Jean und Jeanette und der Pommer Johann. Der Bericht des Dragomans löste die Spannung auf den Gesichtern, nur auf denen von Fräulein Keßler und Jean blieb ein Grauen stehen: In ihren kühnsten Träumen hatten sie nie gedacht, daß das Leben ihnen einmal eine derartige Lage zumuten würde. Mitten unter Wilden, unter lauter verdächtig aussehenden Kerlen die zwar keine feindselige Haltung zeigten, deren hartnäckiges Schweigen aber beredt genug erschien.

Von den Beni Humajun rührte keiner eine Hand beim Zeltbau, den besorgten die Sklaven. Madame war zufrieden, daß je ein Zelt für den männlichen und den weiblichen Teil errichtet wurde, aber Frau Kronenstein, deren Hut noch immer in einem Winkel von sechzig Grad auf dem stark geröteten Haupt saß, forderte unter allen Umständen, daß ein drittes, beziehungsweise viertes Zelt für die Dienerschaft errichtet würde. Als der Dragoman widerwillig Said Ibrahim den Fall vortrug, erhielt er ohne Aufschub die Erlaubnis. Am widerspenstigsten aber blieb Madame anfänglich. Schließlich fügte sie sich jedoch ins Unvermeidliche, während bei der Walzwerksbesitzersgattin der feindselig geladene Zustand chronisch wurde. Furcht kannte sie nicht, darüber war sie hinaus, aber in einer Weise, die gegebenenfalls zu Verwicklungen führen könnte. Sie schimpfte in heimatlichen Lauten über den Mangel an allergeringster Bequemlichkeit und fand es empörend, daß das Zelt Ritzen habe, durch die man eventuell — — — Das Gefühl des Unbehagens, das sich Sidi Mariks bemächtigt hatte, war eher stärker als schwächer geworden. Eine gewisse heimliche Freude, die Hoffnung, doch wieder einmal mit lieben Menschen aus der Heimat zusammenzutreffen, hatte ihre schwachen Keime in seinem Herzen getrieben. Jetzt war sie elend zuschanden geworden. Und er war eigentlich kaum enttäuscht. Es war ja nun einmal nicht anders zu erwarten. Nur das aufgeblasene Protzentum trieb sich draußen herum, und nach ihm wurde das gesamte Volk beurteilt. Ein Trost im Unglück war es, daß auch die Vertreter der Grande Nation um kein Haar besser waren, auf ihre Art natürlich. Die sympathischste Figur war noch das ärmliche Fräulein Keßler, das verschüchtert Sturm und Regen und alle Grob- und Hohlheiten der schießbedachten Walzwerksdame über sich ergehen ließ. Schließlich aber gewann doch wieder ein Gefühl heimlicher Freude, wenn auch anderer Art, die Oberhand. Hier wurde in drei Sprachen geredet, geschimpft, geflucht und geklagt. Und alle drei waren Sidi Marik geläufig. Er konnte also hier die Rolle eines Harun-al-Raschid spielen. Herr Kronenstein bewahrte neben Fräulein Keßler am meisten die Ruhe. Schon deshalb, weil seine Gattin für drei redete. Madame hatte inzwischen aus der Not eine Tugend gemacht und sich den häßlichen, blatternarbigen Spahi zugetan, weil er arabisch und französisch sprach. Aber der Bursche in seiner Papageientracht fand überall taube Ohren. In den Augen der freien Araber war er dreimal verflucht, weil er seine Freiheit an die Fremden verkauft hatte und ihnen als Scherge diente. So blieb schließlich nur der Dragoman allein übrig, der auch die Beschaffung der Lebensmittel übernehmen mußte. Er verlangte aber von den Leuten, die er in die Irre geführt, den zehnfachen Preis, angeblich, weil sie unter ein Volk von Räubern gefallen seien. Dies Spiel hörte indes bald auf, als Said Ibrahim auf einen Wink Sidi Mariks den Burschen beim Kragen nahm und ihm ernsthaft versprach, ihm den Lebensmitteltarif der Beni Humajun trotz Gastfreundschaft und Unverletzlichkeit weidlich einzubläuen. Mittlerweile war es Abend geworden, die Feuer der Fremden verlöschten langsam, und diese zogen sich, je nach Temperament mißmutig, gleichgültig oder verängstigt in ihre primitiven Behausungen zurück. Zwei Leute der Beni Humajun ließen sich in der Nähe als Wache nieder, und Sidi Marik gesellte sich schweigend zu ihnen, steckte die Pfeife an und legte sich lang in den warmen Sand. Er spürte sozusagen die nervöse Stimmung, die aus den beiden dicht nebeneinander liegenden „Herrschaftszelten“ zu ihm herüberdrang. Es herrschte jene Unruhe darin, wie sie aus solchem Tage herausgeboren wird, jenes Räuspern, Sichherumwerfen und Anschlußsuchen an gleichermaßen Leidende. Und die Gewitterstimmung ballte sich schließlich zur elektrischen Wolke und entlud einen zündenden Funken nach dem Nachbarzelt hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

Der Ausdruck „die in dem genannten Gebiet von dort ständig wohnhaften Eltern Geborenen" bedeutet daß die Eltern zur Zeit der Geburt der betreffenden Person ständig in Polen ansässig gewesen sein müssen. Eine Abweichung von dieser authentischen Auslegung wäre um so unverständlicher, als die Mutter des Herrn Naumann tatsächlich bis zum heutigen Tage als polnische Staatsbürgerin in Posen wohnhaft ist und sein Vater bis zu seinem Ableben (im Jahre 1900) ohne Unterbrechung in Polen gelebt hat. Hier handelt es sich also im engsten Rahmen um die Zugehörigkeit der Familie zum Staate (Attaché) im Sinne der Entscheidung des Völkerbundsrates.

Doch nicht allein durch die Geburt ist Herr Naumann polnischer Staatsbürger, er ist es auch auf Grund seines ständigen Wohnorts in Polen. Abgesehen von der Zeit, die er im Heeresdienst und für seine Berufsausbildung verbracht hat, ist Herr Naumann seit seiner Geburt ständig in Polen ansässig. Nach amtlicher Feststellung hat Herr Naumann auf dem heutigen Staatsgebiet der Republik Polen seinen ständigen Wohnort am 1. Januar 1908 und am 10. Januar 1920 gehabt. Er hat somit den Forderungen des Friedensvertrages und des Zusatzvertrages über den Schutz der nationalen Minderheiten auch bezüglich des Erwerbes der polnischen Staatszugehörigkeit durch ständigen Wohnsitz Rechnung getragen.

In keinem der erwähnten Traktate wird der ununterbrochene Aufenthalt in Polen zwischen den Jahren 1908 und 1920 verlangt. Es bestehen aber auch keine Zweifel über den ununterbrochenen Aufenthalt des Abgeordneten Naumann im Sinne der polnischen Verordnungen und der entsprechenden amtlichen Mitteilungen. In den Protesten wird allerdings behauptet, daß Herr Naumann von Mitte des Jahres 1917 bis zu Anfang des Jahres 1918 das Amt eines Landrats in Neuhaus a. O. versehen hat. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Jahre 1917 wurde Herr Naumann durch das Innenministerium als Landrat nach Neuhaus a. O. versetzt, und da er die Versetzung mit der Begründung ablehnte, daß bei der Bildung des polnischen Staates durch die deutsche und die österreichische Regierung die Provinzen Posen und Pommerellen nicht berücksichtigt wurden, hat er sich in der Überzeugung, daß die beiden Provinzen zu Polen geschlagen werden, geweigert, dem Versetzungsbefehl nachzukommen. Daraufhin wurde ihm erklärt: „Sie sind Reservehauptmann und unterstehen der Militärbehörde!" Die Militärbehörde hat nun auf Ersuchen des Innenministeriums Herrn Naumann als Landrat für Neuhaus beurlaubt, und aus diesem Grunde ist seine Versetzung als ein Befehl der Militärbehörde anzusehen.

In sämtlichen polnischen ministeriellen Anordnungen und in der Erklärung des Herrn Askenazy vor dem Rat des Völkerbundes, sowie in dem Genfer Abkommen über Oberschlesien wurde ausdrücklich betont, daß die Abwesenheit nicht als Unterbrechung gilt, sofern sie auf Befehl der Behörden infolge des Weltkrieges zustande gekommen ist. Um in jedem Falle nicht des Rechtes der Zugehörigkeit zu seinem Heimatlande verlustig zu gehen und in der Erwägung, daß der Befehl auf Versetzung nicht rückgängig gemacht werden kann, hat Herr Naumann vor seiner Abreise nach Neuhaus das Gut Suchorenz erworben und sich auch dort eingerichtet. Wird also irgendwo der Art. 1, Abs. 2 der Verordnung vom 30. Juli 1920 (Dziennik Ustaw Nr. 57, Pos. 358) angewendet, so muß er erst recht in diesem Falle Anwendung finden. Dieser Artikel lautet wörtlich: „Die zeitweilige Entfernung bedeutet keine Unterbrechung, wenn sie durch Umstände hervorgerufen wurde, die unzweideutig die Absicht erkennen lassen, daß der bisherige Wohnungsort innegehalten werden wird."

Herr Naumann hat klar dokumentiert, daß er trotz seiner Versetzung nach Neuhaus nicht dort, sondern in Suchorenz seinen ständigen Wohnsitz nehmen wollte (vergl. die Ausführungen des Herrn Askenazy in dieser Frage vor dem Rat des Völkerbundes). Sollte in dieser Frage der Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit des Herrn Naumann trotzdem ein anderer Standpunkt eingenommen werden, so wären die Wahlen im ganzen ehemals preußischen Teilgebiet für ungültig zu erklären, da fast im ganzen ehemals preußischen Teilgebiet Tausende zumeist polnischstämmige Personen als polnische Staatsbürger ihr Wahlrecht ausübten, die in der Zeit vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1920 im Posenschen keinen ständigen Wohnsitz hatten (besonders die Emigranten aus Westfalen) und die weder durch einen Antrag (nach den bestehenden Verordnungen genügt keineswegs die polnische Stammeszugehörigkeit) noch durch die Übernahme einer Staatsstellung das polnische Bürgerrecht erworben haben. Da also diese vielen Tausende von Personen Aufnahme in die Wählerlisten gefunden haben, und zwar auf amtliche Verfügungen hin (vergl. die Verfügungen der Starosteien in Schwetz, Gnesen usw.), so würde es eine ganz offensichtliche Verletzung des Zusatzvertrages über den Schutz der nationalen Minderheiten bedeuten, würde man gegenüber einer Person nichtpolnischer Nationalität eine andere Stellung einnehmen.

Im übrigen wurde Herr Naumann bis jetzt von den polnischen Behörden als polnischer Staatsbürger anerkannt. Nach Art. 3 der Ministerialverordnung vom 7. Juni 1920 (Dziennik Ustaw Nr. 52, Pos. 320) ist es nicht zulässig, daß ein und dieselbe Person gleichzeitig als polnischer Staatsbürger und als fremdstämmiger behandelt wird. Vor 1½ Jahren hat Herr Naumann einen polnischen Paß erhalten, und schon damals war es bekannt, daß er in der Zeit vom Jahre 1917 bis 1918 den Posten eines Landrats in Neuhaus a. O. inne hatte. Der frühere Starost in Schubin hatte mit Frau Naumann über die Dauer des Aufenthalts in Neuhaus eine längere Unterredung. Der polnische Kreis-Obersekretär in Schubin war persönlich über die Vorgänge informiert, die der Versetzung des Herrn Naumann nach Neuhaus vorangingen.

In der Mitte des Jahres 1921 begab sich auf einen ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums des ehemals preußischen Teilgebiets der jetzige Sejmabgeordnete Naumann als polnischer Staatsbürger nach Deutschland an der Spitze einer dorthin entsandten polnischen Kommission, um mit den deutschen Behörden über angebliche Bedrückungen der Polen in Deutschland zu unterhandeln. Die Verhandlungen führte Herr Naumann unter Vermittlung und unter dem Schutz der polnischen Konsulate in Berlin und Essen. Nach seiner Rückkehr nach Polen erstattete Herr Naumann hierüber einen amtlichen Bericht im Posener Ministerium.

Wojewodschaft Schlesien.

Rymers Begräbnis und sein vorläufiger Nachfolger

Das Begräbnis des schlesischen Wojewoden Rymer findet heute am Donnerstag statt. Von den Mitgliedern der Regierung begibt sich nach Kattowitz Minister Darowski und der Vizeminister des Innern, Lenz. Auf dem Sarge des verstorbenen Wojewoden wurde ein Kranz niedergelegt mit der Inschrift: „Dem ersten Wojewoden Schlesiens Rymer — die Regierung der Republik." Der Innenminister Kamieński beauftragte den Vizewojewoden Żórawski mit der vorläufigen Wahrnehmung der Pflichten des schlesischen Wojewoden. Die endgültige Ernennung eines Nachfolgers wird erst die neue Regierung vornehmen. Die oberschlesische Presse bespricht mit Anerkennung die Verdienste des verstorbenen Wojewoden um die Schaffung einer Wojewodschaftsverwaltung. Auch die deutsche Presse hebt die Unparteilichkeit Rymers hervor und bemerkt, daß er bei der Ausübung seiner Verwaltungsfunktionen sich von objektiven Gesichtspunkten leiten ließ.

Polen will nicht abrüsten.

Warschau, 7. Dezember. Der Vorschlag der Russen auf der Moskauer Konferenz, der eine Abrüstung auf den vierten Teil des Heeresbestandes vorsieht, hat hier, wo man eine Abrüstung Polens unter keiner Bedingung will, sehr verschnupft. Man nennt ihn einen Bluff. Polen verharrt auf dem Vorschlag der Nonaggressionsakte, und man hält es hier für möglich, daß die Konferenz zum Scheitern gebracht wird, da man sich über den Vorrang der beiden Vorschläge nicht einig werden kann.

Nitti an Clémenceau.

Clémenceaus mißglückte Propagandareise nach Amerika gibt Francesco Nitti Veranlassung zu einem „offenen Brief" an ihn, der im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht wurde. Der ehemalige italienische Ministerpräsident ruft dem früheren Lenker der Geschicke Frankreichs zu:

„Europa ist ins schlimmste Mittelalter zurückgesunken und im Begriffe, im Inneren vieler Länder in die schlimmste Reaktion und in die Exaltation aller Formen der Gewalt zu versinken. Wenn Amerika, nachdem es den Vertrag von Versailles und den Eintritt in den Völkerbund abgelehnt hat, der ein Organismus ohne Ernst und Autorität ist, nur geschaffen, um die Mißbräuche der Sieger zu beschönigen —, wenn Amerika heute so viel wie möglich sich außerhalb der europäischen Zwietracht stellt, vollbringt es einen weisen Akt der Selbsterhaltung. Jeder Kredit, den es gewährt, jeder Mißbrauch, den es anerkennt, jede Gewalttat, die es zuläßt, tragen nur zur Erschwerung der Lage bei. Amerika trat selbstlos in den Krieg ein und wollte weder Gebietskompensationen, noch finanzielle Vorteile, aber es war die große Macht, die den Ausschlag gab.

Amerika darf in die Streitfragen, die Europa trennen, nicht eintreten, es sei denn, um den Frieden aufzuerlegen, als moralische Notwendigkeit und als Bedingung seines eigenen Wohlergehens und dessen der Welt. Jedes Opfer, das Amerika heute brächte, wäre verloren: es würde vielmehr nur das Übel steigern und verschärfen. Amerika muß Europa jeden Kredit verweigern, solange dasselbe die Rüstungen nicht beschränkt und dem wahren Frieden zustrebt.

Die Deutschen haben zwei große Kriege gewonnen, 1815 und 1870. Aber sie haben niemals die entsetzlichen Bedingungen verlangt, welche die Sieger ihnen im Vertrag von 1919 auferlegt haben. Übrigens handelt es sich heute nicht um das deutsche Volk allein, sondern um ganz Europa. Nach dem Sturz des österreichischen Kurses kam die Reihe an den deutschen. Können die Siegerländer des Kontinents sich demselben Lose entziehen, wenn sie die Basis ihrer Politik nicht ändern? Wenn Deutschland nicht wieder souveräner Staat wird, mit Beseitigung der Reparationskommission, der Kontrollkommissionen, der Okkupationsheere und der ärgsten Ungerechtigkeiten — kann da die wirtschaftliche Lage des Kontinents sich wieder heben? Wenn Deutschland nicht kauft, wie soll Großbritannien verkaufen, und wenn Großbritannien in Deutschland nichts verkauft, wie kann es in Amerika kaufen? Und wenn Amerika nichts verkauft, wie kann es der Einwanderung seine Tore öffnen und die italienischen Einwanderer aufnehmen, die zu Hause hungern müssen? Ist es möglich, daß diese Lage Europas andauere, durch deren Schuld 250 Millionen Menschen isoliert oder vergewaltigt werden und alle einander hassen?

Die europäischen Demokratien haben sich als habgierig und korrumpiert erwiesen. Die Schwerindustrie war, wenn nicht die Ursache, jedenfalls ein Agens des Krieges. Die Schwerindustrie war vielleicht die Hauptursache des schlechten Friedens.

Wenn Sie, lieber Präsident, den Ozean durchquerten, um zu den Amerikanern zu sprechen, so dürften Sie vorziehen, daß Sie von dem zu erreichenden Frieden sprechen, statt vom Kriege. Wäre es nicht an der Zeit, von der Pazifizierung dieses armen, balkanischen Europas zu sprechen? Ich kenne Ihre aus Härte und Ironie zusammengesetzte Beredsamkeit. Sie waren immer ein furchtbarer Kämpfer und Ihre Gegner haben es lange Jahre hindurch mit einem furchtbaren Gegner zu tun gehabt. Manche Ihrer Worte dringen ins Herz, wie eine alte Klinge des Toledo. Aber angesichts all dieser noch mehr vom Frieden, als vom Kriege angehäuften Ruinen erwarten die Bewunderer Ihres Talents (und ich gehöre dazu), daß Sie jetzt in Amerika zu der großen amerikanischen Demokratie, welche die unsterblichen Prinzipien Washingtons und Lincolns im Blute hat, von den Mitteln sprechen, zum Frieden zu gelangen.

Ich unterschreibe schon im voraus alles, was Sie über das kaiserliche Deutschland und über Wilhelm II. sagen werden, auch Ihr Urteil über die Irrtümer des deutschen Volkes während des Krieges und über die Schuld, die es auf sich geladen hat. Aber Sie müssen den Amerikanern sagen, ob Sie glauben, daß das vom Frieden geschaffene Gewaltsystem fortdauern kann, ohne daß alle darüber zugrunde gehen. Sie müssen sagen, ob vier Jahre der Erfahrung nicht zu dem Beweis genügen, daß Europa unvermeidlich dem Abgrund zutaumelt. Sie müssen sagen, ob die Prinzipien der Demokratie und der Selbstbestimmung, für die wir gekämpft, nicht das feierlichste Dementi erfahren haben. Und Sie müssen auch das große Wort des Friedens aussprechen. Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, sind die vier fortgeschrittensten Nationen Europas. Ihre Uneinigkeit ist der Ruin Europas und der Niedergang der Welt. Gab es einen ungerechten Krieg, so ist es möglich, zu einem gerechten Frieden zu gelangen. Man kann wieder aufbauen, was zerstört ist. Sprechen wir nicht mehr vom schmerzlichen Thema des Todes; sprechen wir lieber vom Leben ...

Sie, lieber Präsident, sind überzeugt, wie ich, daß Amerika kein Opfer bringen wird, es sei denn für den wahren Frieden, wie sein und der ganzen Menschheit Interesse ihn fordert.

Gute Reise, lieber Präsident! Ich bitte Sie, mir gegenüber nicht sarkastisch zu sein, denn ich habe bona fide zu Ihnen gesprochen und in der Hoffnung, gehört zu werden. Und ich erwarte mit großer Ungeduld Ihre Reden über den Frieden.

Clémenceau hat die Rede über den Frieden, die Nitti von ihm erwartet, nicht gehalten.

Amerika und die europäische Krise.

Der amerikanische Botschafter in London, Harvey, erklärte in einer Rede auf einem amerikanischen Klubessen, in der er auf die augenblickliche europäische Lage Bezug nahm, die gesamte Welt stehe einer großen Gefahr gegenüber. Die Zusammenkunft der Premierminister der vier alliierten Mächte Europas Ende dieser Woche sei die bedeutendste Begegnung, die seit 1918 stattgefunden habe. Der Grund dafür sei einfach. Es gebe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. Es gebe solche Dinge, wie das Aushungern von Nationen durch andere. Wenn dieses Wirtschaftsprogramm nicht auf der Zusammenkunft der alliierten Premierminister einer Lösung einigermaßen nähergebracht werde, so wisse er nicht, was den Kontinent Europa vor dem Zusammenbruch retten solle. Europa könne nicht noch ein weiteres Jahr unter dieser Drohung weiterleben. Die Leute redeten über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Brüssel, als ob sie etwas bedeuten könnte, wenn die Premierminister der vier großen Nationen Europas diese Frage nicht regeln könnten. Wenn diese die Gefahr nicht abwenden könnten, welchen Zweck habe es dann, irgend welche größeren und besseren Ergebnisse von der Zusammenkunft untergeordneter Persönlichkeiten in Brüssel zu erhoffen? In London müsse innerhalb der allernächsten Wochen eine internationale Vereinbarung erzielt werden. So wie bisher könne es auch nicht ein einziges Jahr weiter gemacht werden. Es müsse eine internationale Regelung der Wirtschaftsfragen stattfinden. Harvey wiederholte mit großem Nachdruck, daß von dem Ergebnis der Zusammenkunft der vier Premierminister das Schicksal und die künftige Wohlfahrt von Millionen abhänge. Wenn diese Zusammenkunft nicht für die Zivilisation eintrete, so würden alle untergehen. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt, die Rede Harveys sei von ungewöhnlichem Interesse. Harvey habe noch erklärt, die Welt hoffe, daß die Premierminister Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens die Lage in einem Geiste der Duldsamkeit behandeln würden. Amerika werde vielleicht in der Lage sein die Beschlüsse zu beeinflussen.

England und Irland.

Lloyd Georges erste Rede im Unterhaus.

Wien, 7. Dezember. Die „Neue Freie Presse" meldet aus London, daß Lloyd Georges am Dienstag zum ersten Male im Unterhaus als Abgeordneter gesprochen hat. Er befaßte sich vorwiegend mit der Arbeitslosenfrage. Seine Rede wurde andauernd durch die Arbeiterpartei unterbrochen. Und als Lloyd George die Regierung aufforderte, sofort Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen, rief einer ihrer Abgeordneten ironisch: Warum haben Sie nicht, als Sie Ministerpräsident waren, selbst diese Maßnahmen getroffen?

Das Unterhaus lehnt einen Antrag Lloyd Georges ab

London, 7. Dezember. Das Unterhaus lehnte mit 267 gegen 52 Stimmen einen Verbesserungsantrag Lloyd Georges bezüglich der Adresse der Antwort auf die Thronrede ab.

Die Vereinigung von ganz Irland.

London, 7. Dezember. Der Präsident des derzeitigen irischen Parlaments, Gosglave, erklärte in einer Unterredung, daß für Irland ohne Zweifel die Unglücksperiode geendet habe. Gosglave glaubt an eine Vereinigung von ganz Irland. Die Demarkationslinie zwischen Süd- und Nordirland ist nach seiner Meinung eine unnatürliche Erscheinung. Auf wirtschaftlichem Gebiete erhofft der Präsident die beste Zukunft. In diesem Jahre habe sich die irische Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahre bedeutend gebessert. Zum Schluß fügte Gosglave hinzu, daß die Wahl Healys zum Gouverneur von Irland unbedingt als eine glückliche betrachtet werden müsse, da sich Healy großer Unterstützung bei allen Schichten der irischen Bevölkerung erfreue.

Die Lage in Griechenland.

Konflikt zwischen König und Revolutionsausschuß.

Nach einer Meldung des „Matin" aus Belgrad hat der König von Griechenland die Auflösung des revolutionären Komitees verlangt. Nur unter dieser Bedingung erklärte er sich bereit, weiter zu regieren. In den revolutionären Kreisen Griechenlands hat dieser Schritt des Königs lebhafte Mißstimmung hervorgerufen. Die Mitglieder des revolutionären Komitees halten die gesamte griechische Dynastie für schuldig an dem Unglück des Landes. Sie tragen sich daher mit dem Gedanken, nunmehr die Republik auszurufen und dem König die Abreise aus Athen nahezulegen.

Bevorstehende neue politische Prozesse.

Demnächst werden noch zwei weitere politische Prozesse vor dem revolutionären Kriegsgericht stattfinden und zwar gegen den früheren Oberkommissar in Syrien, Sterghiades, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, und gegen den gleichfalls außer Landes weilenden Fransulis wegen Diebstahls der Korrespondenz zwischen Lloyd George und Venizelos.

Die Orien konferenz.

Die Türken verlangen Erklärungen von den Alliierten.

Die türkische Abordnung veröffentlicht ein Communiqué, worin sie sich gegen den Vorwurf verteidigt, den ihr Lord Curzon machte: daß sie die Konferenz nicht ernst nähme. Die Türken erklären, sie hätten es nicht abgelehnt, sich über die Meerengenfrage zu äußern. Aber hier hätten die Türken nichts zu fordern, denn sie seien die eigentlichen Eigentümer der Meerengen. Die alliierten Mächte forderten mehr oder weniger ausgedehnte Schiffahrtsrechte in den Meerengen. Infolgedessen müßten sie, die Alliierten, sagen, was sie eigentlich wollten. Dann erst, wenn man das wisse, könne ihnen geantwortet werden, denn offiziell sei dies den Türken nicht bekanntgegeben worden.

Die Türken erklären sich übrigens bereit, die Forderungen der Alliierten in versöhnlichem Geiste zu prüfen, aber alle in Frage kommenden Interessen müßten beachtet werden.

Die türkische Nationalversammlung gegen England.

Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel erörterte die Nationalversammlung von Angora die Berichte Ismet Paschas über die Konferenz von Lausanne. Die Abgeordneten waren der Ansicht, daß, wenn keine Fortschritte gemacht worden seien, dies auf Umtriebe Englands zurückzuführen sei. Die Redner erklärten, es sei notwendig, daß Ismet Pascha unerschütterlich seine Stellung wahre.

Deutsches Reich.

** **Die Untersuchung gegen Reichswehrminister Dr. Geßler.** Am Montag trat der Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Prüfung der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe zu einer Sitzung zusammen. Der Berichterstatter, Abgeordneter Hünlich, schlug vor, nicht nur die Fälle zu untersuchen, die seinerzeit zu der Interpellationsdebatte Anlaß gaben, sondern auch die Dinge zu erörtern, die damals die Öffentlichkeit beschäftigten. In der sachlichen Beratung kam der Ausschuß bei den Fällen, die zur Erörterung standen, zu dem Ergebnis, daß das Verhalten des Reichswehrministers oder die Art, wie er vorgekommenen Ungehörigkeiten gegenüber Abhilfe geschaffen hat, zu Beanstandungen keinen Anlaß geben. Es handelte sich u. a. um die bekannten Fälle in Regensburg, Passau, München und Potsdam. Über den Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Demonstranten in Königsberg im Anschluß an die Hindenburgfeier beschloß der Ausschuß, noch weitere Erhebungen anzustellen.

** **Stegerwald über die innerpolitische Lage.** Der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald sprach in Düsseldorf über politische Tagesfragen, wobei er die Außenpolitik nur streifte. Die Zukunft Deutschlands sieht Stegerwald als äußerst dunkel an. Welchen Weg sie im Innern nehmen werde, lasse sich nicht voraussehen, und bei einer Fortdauer der jetzigen Verhältnisse sei eine Zusammenfassung der aufbauenden Kräfte im Volke fast unmöglich. Bei der steigenden Teuerung sei ein Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Ein Sprachenverbot in Ofen-Pest. Der Oberstudiendirektor von Ofen-Pest Pinter hat den Zöglingen der Mittelschulen verboten, auf der Straße miteinander deutsch oder französisch zu sprechen. Die Regierung wurde von diplomatischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß dieses chauvinistische Vorgehen gegen die Loyalität verstoße, die man befreundeten Staaten schulde.

Deutsch-rumänische Wirtschaftsverhandlungen. In Bukarest haben deutsch-rumänische Verhandlungen zur Klärung verschiedener Finanz- und Wirtschaftsfragen begonnen. Es handelt sich besonders darum, Rumänien zu bewegen, die aus dem Artikel 18 des Friedensvertrages herrührenden Sperrmaßnahmen zurückzunehmen, was bekanntlich schon verschiedene andere Staaten getan haben. Bei den Finanzfragen soll vor allem ein Weg gesucht werden zur Ablösung der Noten der Banca Generale. Der Führer der deutschen Abordnung ist Reichstagsabgeordneter Dr. Dernburg.

Danziger Frühkurse vom 7. Dezember.

Die polnische Mark in Danzig 47½
Der Dollar in Danzig 8275
Tendenz: unentwickelt.

?

KISMET

?

Priv. Handelsschule Dr. Grosztyk

Neue Kurse. [4293

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie. Deutsch, Polnisch, Französisch Englisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3. — Schulhaus **ul. 27 Grudnia 4 im Garten.** Sprechzeit dort von 12—1 und von 7—8 Uhr.

Spezialgeschäft für **moderne**

Brunnenbauten für die allergrößten Betriebe.

Schwierigste Reparaturen unter **Garantie.**

Erduntersuchungen nach Mineralien.

Verschiedenartigste Pumpen und Antriebe sowie **Wasserleitungen für alle möglichen Betriebe.**

Posener Tiefbrunnen-Baugeschäft u. Pumpenfabrik

H. M. Patzer, Poznań, Traugutta 6. Tel. 1568.

Bücher und Zeitschriften.

Zur Anschaffung bestens empfohlen:

Bade, Praxis der Aquarienkunde.
Eulenkalender, Jahrbuch für Familie, Hausfleiß, Gewerbe, Handel, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Hygiene, Sport und Unterhaltung für das Jahr 1923.
Dr. Adam, Hygiene des Liebeslebens.
Beigel, Lehrbuch der Buchführungs- und Bilanz-Revisionen.
Dr. Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes.
Dr. Kuckuck, Der Strandwanderer. Die wichtigsten Strandpflanzen, Meeresalgen und Seetiere der Nord- und Ostsee. Mit 24 farbigen Tafeln.
Kratzmann, Die Automaten. Roman.
Schellhanß, Müller und Schulze. Lustspiel in 5 Akten für weibliche Jugendvereine.
Schmaltz, Atlas der Anatomie des Pferdes. 2 Teile.
do. Messungen und Wägungen am Pferd. Mit 9 Abbildungen.
Vobach's Spielstube. 32 Seiten mit 1 Schnittmusterbogen.
Deutsches Nahrungsmittelbuch.
Keim, Reichsverderber II. Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett.
v. d. March, Die wahren Kriegsverbrecher.
Vorländer, Kant — Schiller — Goethe.
Preller, die Weltpolitik des XIX. Jahrhunderts.
Grube, Komödiantenkind. Roman.
Verhandlungen des 20. deutschen Geographentages in Leipzig.
Steffen, Unsere Blumen im Garten.
Nowack, Chaos.
Wroost, Peter Pink, ne lustige Hamborger Geschicht.
Feldmann, Löwenzahn. Roman.
Jörn, Barfuß. Eine Geschichte.
Holzhey, Durch Leid zum Frieden. Erzählung.
Nikel, Der Grundbegriff „wirtschaften". Neues System der gesamten Wirtschaftswissenschaft.
Bondy, Das neue Weltbild in der Erziehung.
Kierkegaard, Gesammelte Werke, X. Band.
Mayreder, Zur Kritik der Weiblichkeit.
Meyer-Steineg, Lieder im Volkston zur Laute.
Bölsche, Die Abstammung des Menschen.
Walter, Geschichte der deutschen Landwirtschaft.

Zeitschriften:

Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die katholischen Missionen. Illustr. Monatsschrift.
Farbenzeitung. Fachblatt der Lack-, Farben- und Leim-Industrie.
Die photogr. Industrie. Fachblatt für Fabrikation und Handel aller photogr. Bedarfsartikel.
Europäische Modenzeitung.
Zeitschrift der Öl- und Fettindustrie.
Deutsche Schirmmacherzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.

Wir vermitteln für den Leserkreis unserer Zeitung

Bestellungen

auf obige Werke und Zeitschriften nicht nur, sondern auch auf alle übrigen Bücher, Zeitschriften und Musikalien, die bereits erschienen sind. Wir bitten Sie Bestellungen an uns zu richten.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Herschaft Grocholin b. Kcynia sucht größeren Posten

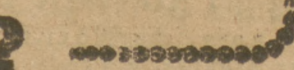
gesunde Kastanien

zu kaufen. Angebote mit Preisangabe u. Quantum an die **Gutsverwaltung.** [4358

?



KISMET



?

Wielkopolska Hurtownia Szkła

Tel. 5558 Tow. Akc. Poznań, ul. Półwiejska 9 Tel. 5559

empfiehlt

Fenster-, Roh-, Draht-, Ornament- und Kathedralglas weiss und farbig,

Glaserdiamanten, prima **Glaserkitt, Draht, Pappe**

und macht auf die eigene **Glasschleiferei** und **Spiegelfabrikation** aufmerksam. [393

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen

PALMA

Kautschuk Absätze und Sohlen

Palma-Kauczuk (Sp. z ogr. odp.)

Skład fabryczny Poznań, Kanałowa 18. Telephon 60-16. [9736

UNAMEL

feinster künstlicher

Tafel-Honig

von vorzüglichem Geschmack.

Nährwert: 1 Eßlöffel = 1 Hühnerei.

Alleiniger Hersteller:

Dr. W. A. Henatsch, Unisław

powiat Chełmno.

Achtung!

Wer seine [392

Landwirtschaft, Hausgrundstück usw. schnell und gut verkaufen will,

wende sich mit ganzem Vertrauen und näherer Beschreibung sowie mit Angabe des Verkaufspreises an das seit 15 Jahren bestehende **Vermittelungsbüro.** Für schnellsten Verkauf garantiert.

M. Myszkowski, Poznań, Półwiejska 4.

Aeußerst günstiger Kauf!

Massives Haus,

5 Stuben, Küche, **Kolonialwarenladen,** Schlachthaus Scheune, Stallung massiv Obstgarten.

Daselbst **Butter-, Eier- und Geflügelhandlung.**

Gebäude in gutem Zustand.

Gefl. Offerten unt. **R. S. 4307** an d. Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Herrschaftliche Villa mit Geschäft!

Meine im vorigen Jahre **neu erbaute Villa,** ausgestattet mit allem Komfort, wie **Zentralheizung, Bad, Kanalisation, elektr. Licht usw.,** nebst zirka **3 Morgen Land und Obstgarten,** sowie einem daneben liegenden **Kiesberg** mit **Zementsteinfabrikation** will ich anderer Unternehmungen wegen **sofort verkaufen. — 3 Zimmerwohnung sofort** etwas später ganze Villa frei. [4373

Offerten von nur zahlungsfähigen Reflektanten an

H. Silwedel, Landsberg a. W., Zechowerstr. 89.

Telegr.-Adr.: Villa Silwedel Landsbergwarthe.

Dampf-, Motor- oder Wasser-

Mühlen

sofort für zahlungsfähige Käufer gesucht.

Erbitte Offerten mit genauer Beschreibung und Preis.

A. Robowski, Poznań 1,

ul. Składowa Nr. 11. [4379

Zinkweiss, Deckweiss, Leinoelfirnis, Pinsel, Tischlerleim, Malerleim à la „Sichel", **Anilinfarben** (388)

empfiehlt en gros & en détail

M. Mruzowski,

vorm. Th. Müller,

Poznań, św. Marcin 62.

Wer hat **Ursprungszeugn.** für Schnittmaterial **nach Deutschl.** gegen Vergütung abzugeben. **Reimann,** Sägewerk, **Borek.** [4375

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 8. Dezbr., abends 3¾ Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend nachm. 3¾ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang 4 Uhr 30 M.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr. Montag und Donnerstag 6¾ Uhr und abends 4 Uhr. Donnerstag abends Chanukah-Beginn.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 8. Dezbr., abends 4 Uhr
Sonnabend d. 9. Dezember vorm. 10 Uhr.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

?

KISMET

?

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 8. 12., nachm. 3 Uhr: **„Tosca"**, Oper von Puccini (Halbe Preise).
Freitag, den 8. 12. abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin"**, Oper von Halevy.
Sonnabend, den 9. 12., abends 7 Uhr: **„Konrad Wallenrod"**, Oper von Zeleński.
Sonntag, den 10. 12., nachm. 3 Uhr: **„Carmen"**, Oper von Bizet. Preisermäßigung.
Sonntag, den 10. 12., abends 7½ Uhr: **„Maskenball"**, Oper von Verdi.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Falzhufeisen

(oberschlesische)

liefert **en gros** zu besonders günstigen Preisen **ab Lager Firma** [395

A. Nasielski,

Landwirtsch. Maschinen und Geräte,
Poznań, ul. 27. Grudnia 5.
Telephon 20-14.

Tausch!

2 mass. Wohnhäuser u. 1 gutgeh. Kolonialwarengeschäft, in d. Nähe der Stadt Essen, gegen Gastwirtschaft mit etwas Land oder gegen Landwirtschaft in Polen zu vertauschen. Näheres durch **M. Krystkowiak, Stelle,** Kreis Essen, Gelsenkirchener Str. 63.

Wohnungen

Tausche

eine 3-Zimmer-Wohnung mit Badezimmer in

Berlin S. W.

gegen 5-Zimmer-Wohnung in

Poznań.

Gefl. Offerten unter Nr. **4162** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kaufe (430

Pianinos

und zahle die höchsten Preise.

Offerten „Hotel Monopol".

Suche per sofort oder bald **gut erhaltenes**

Klavier zu kaufen.

Zahlung auch in deutscher Valuta in Deutschland. Offerten erbeten an [4370

Rau, Dampfmolkerei, Laski, pow. Kępno.

Zwei schnittige **Doppelponys** (Rappen), [4371

6- und 7jährig weil **überzählig, käuflich** abzugeben.

Güterverwaltung Markowice, pow. Strzelno

Eingetragene Hochzucht [4323

Des Deutschen veredelten Landschweines

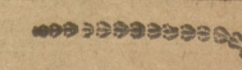
Stammeber auf Ausstellungen der D. L. G. mit vielen Sieger- und ersten Preisen prämiiert. Stammsau Wilmgard Ia und Siegerpreis in Hamburg **gibt laufend ab**

Zucht-Eber und -Sauen

sowie **Eber- und Sauferkel** ab 3 Monat alt aufwärts.

Modrow, Łączek b. Skarszewy (Pomorze).

?



KISMET

?

Der Geist des Vertrauens.

Am Sonntagabend fand im Hause des deutschen Reichstages eine festliche Veranstaltung des Vereins „Berliner Presse“ statt. Unter den geladenen Gästen befanden sich auch der Reichspräsident und der neue Reichskanzler. Nachdem der Vereinsvorsitzende, Georg Bernhard, die Gäste begrüßte und in einer Ansprache die Ziele und das Programm des Vereins kurz gekennzeichnet hatte, ergriff Reichskanzler Dr. Cuno das Wort zu einer Rede, in der er eine ganze Anzahl von Problemen der äußeren und der inneren Politik berührte und unter anderm sagte:

„Der Geist, mit dem wir unser eigenes Haus erfüllen, der Geist des Vertrauens, muß durch Fenster und Türen hinausdringen in die Welt und dort das Empfinden auslösen, daß die Welt Vertrauen zu uns haben kann. Nicht nur unter uns, nein, der Welt fehlt das Vertrauen. Die Welt muß wissen, daß wir, ein Volk in tiefster Not, ehrlich bestrebt sind, eine klare Lösung der außenpolitischen Fragen zu finden, eine Lösung, die uns Arbeit und Existenz unter Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen ermöglicht. Solches Streben heißt, das Vertrauen der Welt wiederherstellen, und das tut not. Denn so lange die Völker einander in Mißtrauen gegenüberstehen, kann keine gedeihliche Mitarbeit erfolgen. Weil das Vertrauen fehlte, hat man die erste Erklärung der neuen Regierung nicht überall so aufgenommen, wie sie gemeint und gewollt war. Man hat namentlich in französischen Kreisen gefunden, daß die Erklärungen zur Reparationsfrage enttäuschen, und daß man den Willen vermisse, auch nur in dem Umfange zu leisten, in dem es damals abgegrenzt war.

Das ist irrig! Der Grundsatz, daß wir nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. November leisten können, kann den Verständigen, der die deutsche Wirtschaft kennt, nicht enttäuschen. Und eine andere, eine weitergehende Erklärung, hätte nur einen Unverständigen, der die deutsche Wirtschaft nicht kennt, täuschen können. Das Problem, das vor uns liegt, ist trotz seiner weltumspannenden Wichtigkeit und Größe auf einen einfachen Kern zurückzuführen. Sie sehen einen Schuldner, der nicht leisten kann, weil er das Letzte, was er notwendig zur Existenz braucht, fortgab. Sie sehen einen Gläubiger, der aus dem Schuldner möglichst viel herausholen will. — Aus dem einfachen Geschäftsleben schließe ich auf das Wesen einer Begebenheit, wie sie im einfachen Leben des Geschäftsmannes alltäglich ist. Hat jemals die völlige Vernichtung oder gar der Selbstmord des Schuldners dem Gläubiger dazu verholfen, seine Forderungen erfüllt zu erhalten? Oder ist es richtig, daß dann die beiden zusammentreten, mit ganz offenen Karten miteinander verhandeln, als Menschen, die eine Verantwortung für die Lösung dieser Frage in sich fühlen? Was für Nutzen hätte es, wenn der Schuldner sagen würde, ich kann dem Gläubiger in kurzer Frist soviel zahlen, obwohl er weiß, daß er es nicht leisten kann. Auch geschäftlich ist es klug und notwendig, die Grenzen der Wahrhaftigkeit nicht zu überschreiten.

Und was den Willen anlangt, der von der Gegenseite bezweifelt ist, so darf ich es, ohne unbescheiden zu sein, für mich in Anspruch nehmen, daß mir geglaubt wird, was ich sage: Ich stehe seit Jahren in der internationalen Arbeit und habe eine Reihe von Verträgen und Abmachungen, die dem Geiste und dem Worte nach unverkürzt erfüllt worden sind. Wer es in der Welt nicht glauben will, der frage meine Vertragsgegner, ob sie jemals den leisesten Eindruck gehabt haben, als ob ich mich dem Worte unmittelbar oder mittelbar entziehen wollte, das ich einmal gegeben habe. Allerdings: dieses Vertrauen von dem einen zum andern wird nur geschaffen werden können, wenn man in offenen Verhandlungen von Mann zu Mann einander gegenübersteht und sich sagt, wie weit und aus welchen Gründen man nicht weiter gehen kann. Diese Methode des Verhandelns, die ich bisher geübt habe, gebe ich jetzt nicht preis.

Ich werde, wie ich es meinen Geschäftsfreunden gegenüber getan habe, so auch zu politischen Vertragsparteien sprechen, und mich in keiner Weise etwa Frankreich gegenüber anders als irgendeinem anderen Partner gegenüber benehmen, denn wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen, wo immer die Möglichkeit von Verhandlungen geboten wird. Nur durch solche Verhandlungen können die Grenzen des Möglichen, innerhalb deren wir leisten können, abgesteckt werden, nicht durch Ultimaten und Einmarschdrohungen. Ehrlich bereit, jede Arbeit zur Ausführung und Erfüllung der Note vom 13. November zu tun, auf deren Boden wir stehen, aber nicht ruhen, werden wir, die Mitglieder des neuen Kabinetts, uns zu bemühen, den Weg zur Lösung der Reparationsfrage zu finden. Wir werden nicht die Hände in den Schoß legen und einfach warten, auch nicht auf das Mitleid anderer. Allerdings, ob der Erfolg eintreten wird, hängt nicht von uns ab. Es sind Hemmnisse zu überwinden, die sich Tag für Tag riesengroß vor uns auftürmen. Noch fehlt es am Glauben an die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit unserer Worte, den wir beanspruchen dürfen und immer erneut beleben werden, obwohl der Friede, den das deutsche Volk sucht und dem es ehrlich dient, auf der anderen Seite noch nicht waltet.

Die Verkennung der von uns abgegebenen Erklärungen, Geist und Wortlaut der neuesten Note über Passau und Ingolstadt, wie die zum Teil wieder dementierten Absichten und Stimmen, die aus Beratungen im Elisée-Palast in Paris herüberdringen — das alles klingt nicht danach, als ob überall wahrer Frieden und förderndes Verständnis für eine Zusammenarbeit der Völker schon eingezogen wäre. Was der Note gegenüber zu sagen ist, wird von der Regierung im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung geprüft. Die Tatsachen werden festgestellt, und wo tatsächlich Unrecht geschehen ist, wird das Unrecht wieder gutgemacht werden.

Den Einmarschdrohungen gegenüber aber und den besonderen Maßnahmen, die im Elysée besprochen worden zu sein scheinen, die im Rheinland, einem Lande, wo jeder Stein von deutschem Wesen spricht, Beunruhigung hervorrufen, all diesen Drohungen gegenüber wollen wir doch erneut erklären, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehört, und daß Deutschland fest zum Rheinlande steht. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Auch gegenüber den Ereignissen der letzten Tage kann ich nur wiederholen, daß wir es nicht zulassen können und werden, daß die Rheinlande preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet oder hinausgeschoben wird. (Erneuter stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Darauf können sich unsere deutschen Brüder und Schwestern im Rheinland, die so Schweres schon jahrelang haben über sich ergehen lassen müssen, an die wir voll tiefen Gefühls in diesem Augenblick denken, fest verlassen. (Wiederholter stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Am Schluß seiner Rede wandte sich der Reichskanzler mit einem Appell an die Welt, es endlich zuzulassen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das deutsche Volk in seinen notleidenden Schichten aus dem Wirbel und dem sprunghaften Steigen aller Preise, der Verteuerung und Verschlimmerung der Lebenshaltung durch die Stabilisierung der Mark endlich gerettet werden könnte.

Sowjetrußland.

Die Sanierung der russischen Finanzen.

In seiner großen Rede auf dem 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die neue Weltwirtschaftspolitik betonte Lenin, daß die Sanierung der russischen Finanzen die wichtigste Aufgabe der Sowjetregierung sei. Der russische Rubel, sagte Lenin, habe schon die astronomische Zahl Quadrillion überschritten; man habe schon eine gewisse Kunst darin gewonnen, die Nullen zu streichen und werde in Zukunft sich darin noch vervollkommnen. Viel wichtiger sei jedoch die Frage der Stabilisierung des Rubels, die im Jahre 1921 für drei Monate und 1922 für fünf Monate eingetreten war. Dieses sei ein bedeutender Erfolg der neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Lenin läßt den letzten, seit den Herbstmonaten wieder eingetretenen Kurssturz des Rubels unerwähnt, trotzdem dieser, nach den Berichten der russischen Presse zu urteilen, einen immer mehr bedrohlichen Umfang annimmt und seine Auswirkungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens immer deutlicher zutage treten. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Kampf zwischen dem Finanzkommissariat und der verkrusteten staatlichen Industrie, an dem auch die russische Wirtschaftspresse einen leidenschaftlichen Anteil nimmt. Infolge des Rubelsturzes sind die Trusts genötigt, die Realisierung ihrer Produkte auf dem inneren Markt zurückzuhalten, da sie mit Recht befürchten, gegen die realisierten Geldmittel keine neuen Rohstoffe in genügenden Mengen zur Aufrechterhaltung der Produktion erhalten zu können. Anderseits sind die Truste bemüht, die vorhandenen Rohstoffe auf dem inneren Markt aufzukaufen. Im Resultat steigen die Warenpreise rapid, und der Papierrubel fällt immer tiefer. Das Finanzkommissariat erklärt daher, daß die Manipulationen der Industrie den Rubel entwerten, wogegen die Industrie die Behauptung aufstellt, das die Entwertung des Sowjetrubels, die durch die ungeheueren Papiergeldemissionen hervorgerufen ist, sie zur Zurückhaltung der Waren und forcierten Käufen zwinge. Welchen Umfang der Kurssturz des Rubels angenommen hat, ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich, die die Kurse im freien Verkehr an den wilden Börsen für Gold und englischen Pfund-Sterlingnoten in Sowjetrubeln zeigt:

	1. 9. 22	1. 10. 22	1. 11. 22	25. 11. 22
	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.
1 Gold 10 Rubelstück	30.90	50.—	84.50	95.—
Pfd. Sterl.	15.90	32.50	62.75	88.25

Von den verschiedenen Maßnahmen der Sowjetregierung, den Kurssturz des Rubels einzudämmen, verdient neben der Ausgabe von Banknoten durch die Reichsbank („Tscherwonozy“), die zu 25% durch einen Goldfonds und zu 75% durch ausländische Valuta, Waren usw. sichergestellt sein sollen, besondere Erwähnung die Prägung von Golddukaten, die bereits in Angriff genommen sein soll. Nach Angaben der russischen Presse beträgt allerdings der der Staatsbank zur Verfügung stehende Goldfonds insgesamt nur 20 Mill. Goldrubel. Ferner ist auf die Verordnung der Sowjetregierung hinzuweisen, daß die Staatsbank in Papiergeld geleistete Zahlungen in Gold fixiert, d. h. beim Steigen des Papierrubels erhält der Kunde die entsprechend höhere Summe in Papiergeld ausgezahlt. Die russische Wirtschaftspresse äußert sich hinsichtlich dieser Maßnahmen sehr optimistisch und spricht sogar von dem allmählichen Übergang zu einer „festen Goldwährung“.

Die Sowjets gegen die Ausländer.

Die Sowjetregierung erließ ein Dekret, auf Grund dessen die russischen Behörden von jetzt ab die Bewegungsfreiheit der Ausländer, ihre Berufsarbeiten sowie die Erwerbung von Immobilien durch sie einschränken sollen.

Konferenz der kommunistischen Jugend.

In Charkow fand eine Konferenz von Vertretern der kommunistischen Jugend statt. Den Vorsitz auf der Konferenz übernahm Pietrowski, der in seiner Ansprache auf die Fürsorge der Sowjets für die Entwicklung der Jugend hinwies. Die versammelte Jugend überreichte Pietrowski eine rote Fahne.

Vor der Vereinigung der Ukraine mit Sowjetrußland

Der „Rigaer Presse“ zufolge ist im Laufe dieses Monats der endgültige Anschluß der ukrainischen Republik an Sowjetrußland zu erwarten, in derselben Weise, wie es mit der Republik des Fernen Ostens der Fall war.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. Dezember.

Des gesetzlichen Feiertages Mariä Empfängnis wegen erscheint die nächste Ausgabe des „Posener Tageblattes“ erst am Sonnabend nachmittag.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung unterschied sich von ihren meisten Vorgängern durch ihre Länge, durch ihren lebhaften Verlauf und durch die Erörterung besonders wichtiger Fragen. Im Mittelpunkte der Beratungen stand eine **Aussprache über die gegenwärtige Teuerung,** die ja bekanntlich als das beliebte Steckenpferd der Rechten in ihrem Kampfe gegen die Linke gilt. So war es denn nicht verwunderlich, daß es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Hauptsprecher der Rechten, Budzyński, und dem sozialistischen Stadtverordneten Śniady kam. Überhaupt waren die Stadtverordneten besonders zum Reden aufgelegt. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung und zahlreicher Interpellationen zog sich die Sitzung bis in die 10. Stunde hin. Unter den Stadtverordneten sah man die neuen Sejmabgeordneten der Nationalen Arbeiterpartei, Ciszak und Dr. Wachowiak. Kurz nach 6½ Uhr erscholl die Glocke des Vorsitzenden Dr. Mieczkowski.

Nach Einführung eines neuen Magistratsmitglieds kam ein Schreiben der Apothekenvereinigung, das sich gegen die

Eröffnung von Krankenkassenapotheken

wendet, zur Sprache. Die Vertreter der Rechten nahmen gegen das Vorgehen der Krankenkasse Stellung, während die Linke die Maßnahmen der Kasse zu begründen versuchte. Das Hauptargument der Rechten war die Tatsache, daß dieses Vorgehen der Krankenkasse der Privatinitiative einen empfindlichen Stoß versetzt. Die Linke führte den noch erinnerlichen Apothekerausstand ins Feld, um ihren Ausführungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Stadtpräsident Ratajski stellt fest, daß der Magistrat, da die Kontrolle über die Krankenkasse nicht zu seinen Befugnissen gehört, in der zur Beratung stehenden Angelegenheit keinen unmittelbaren Einfluß geltend machen könne, sondern nur die Rolle eines Vermittlers zwischen den streitenden Parteien zu spielen in der Lage sei.

Stadtv. Frau Dr. Großman erwähnte die Tatsache, daß in den bereits bestehenden Apotheken der Krankenkasse verschiedene Arzneien gar nicht zu haben seien.

Stadtv. Wybieralski erklärte nach Ablehnung eines Antrages auf Schluß der Aussprache, daß die Apotheker in der Tat viel gefehlt hätten, daß man aber nicht durch einen einzigen Federstrich ihre Existenz stark gefährden dürfe.

Stadtv. Sieradzki behauptete, daß sich die Arbeiterklasse eine so strafwürdige Handlung, wie es der Apothekerausstand gewesen sei, niemals (na, na) hätte zuschulden kommen lassen. (Zuruf auf der Rechten: „Landarbeiterstreik!“.)

Die Redner der Rechten stellen die Privatinitiative als billiger hin als die fiskalische Verwaltung, während die Linke das Gegenteil behauptet.

Briefe von einer Reise.

VII.

Wiesbaden soll, wie wir hörten, die teuerste Stadt in Deutschland sein. Nun — wir können von Glück sagen — wir hörten nur davon. Das einzige, was wir in dieser Stadt kauften, waren die berühmten Ananastörtchen mit Marzipan, eine Lokalspezialität, an der wir nicht vorübergehen durften. Wir befanden uns wieder in der Gesellschaft unserer Homburger Freunde, welche am Dienstag morgen in Wiesbaden erschienen, um uns auf einer dreitägigen Rheintour zu begleiten. Der herbe Tag schien uns zu einer Wanderung durch den Taunus günstig. Wir gingen, nach flüchtiger Besichtigung der Stadt, auf den Neroberg, von dem aus wir den Rundblick über Stadt und Gegend genossen, dann den uns empfohlenen Weg über die Eiserne Hand nach der „Hohen Wurzel“, von wo aus wir das ganze untere Maingebiet und den silbern schimmernden Rhein weit ins Land hinunter verfolgen konnten. Und kamen bei eintretender Dämmerung nach Schlangenbad, dessen Lieblichkeit uns nahe ging und das wir, trotz beabsichtigter Weiterreise, noch näher besichtigen zu können hofften. Vom nahen Bahnhof ertönte das Pfeifen und Schnauben einer Lokomotive. Wir, mit den Fahrplänen der Lokalbahn nicht vertraut, wurden unruhig. „Laufe Sie schnelle“, ertönte eine freundliche Stimme hinter uns, „das Zügele is scho 'nausgefahre!“ Wir setzten uns in Trab, der Bahnführer pfiff, und das Zügele blieb stehen.

Und so kamen wir also noch mit. Überall auf der Landstraße, wo ein Wanderer sich winkend zeigte, sammelte das „Züglein die Müden auf — aus den Gaststuben, die am Wege lagen, liefen heitere Zecher herbei, eine noch volle Flasche als Wegzehrung unter dem Arm, — durch Dorfstraßen fuhren wir hindurch, den Häuschen so nahe, daß man sogleich vom Wagen in die kleinen Fenster hineinsteigen konnte. — — —

Und kamen nach Eltville. — „Besucht die Stadt des Weines, der Rosen, Eltville!“ So lud eine Inschrift unseres Wagens ein. Und wir blieben eine Nacht in der Stadt des Weines und der Rosen.

Ein Hotel, am Rhein gelegen, war uns empfohlen worden. Und wir gingen durch entzückende altertümliche kleine Straßen und kamen an den Rhein hinunter, der unheimlich breit im Dunkel vor uns lag. Eine Platanenallee, von keiner Laterne erhellt, führt an seinem Ufer entlang. Wir irrten lange umher und standen endlich, an den Ausgangspunkt der Uferstraße zurückgekehrt, vor dem genannten Hause, das in völligem Dunkel liegend wie ausgestorben schien. Zweifelnd zogen wir die Glocke. Nach einigen Minuten erwachte das Haus, ein palastartig hochgewölbtes Treppenhaus wurde von vielflammiger Lichterkrone erhellt, und der Wirt des Hauses erschien, ein junger Mann von edler Erscheinung, von einem rassigen Hunde gefolgt. Unter höflicher Begrüßung offenbarte er uns, nicht ohne leichte Verlegenheit, daß er erst vorige Nacht mit Freunden von einer Weinreise heimgekehrt sei, um mit ihnen in seinem Hause die Nacht hindurch weiter zu zechen, — sein Mädchen sei zur Kirmes in das Nachbardorf gefahren und so sei es wohl verständlich und — verzeihlich, daß er sein Haus einfach für ein paar Tage geschlossen habe. Er wolle sich aber sogleich telephonisch mit dem Wirt zum Bahnhofshotel in Verbindung setzen und so für unser Unterkommen Sorge tragen. Und so verabschiedeten wir uns gegenseitig in ehrerbietigster Weise und gingen in das „Gasthaus zum Bahnhofshotel“.

Die freundliche Wirtin, nicht auf die Verpflegung ihrer Gäste eingerichtet, ließ uns trotz später Stunde aus dem Städtchen herbeiholen, was wir zu essen wünschten, und richtete uns in ihrem kleinen Konditorladen ein reichhaltiges Abendbrot her, zu dem wir den üblichen Schoppen, ein großes Glas Rheinwein, tranken, den sie uns mit dem landesüblichen „Wohl bekomm's“ vorsetzte.

Am andern Morgen fuhren wir mit der Bahn nach Caub. Die eigenartige, auf einer Insel inmitten des Stromes liegende Burg Pfalz vor Augen, begannen wir unsere Wanderung am rechten Ufer des Rheines. Traumhaft dünkt es mich noch, daß wir, den Rhein uns zu Füßen, an goldroten Weinbergen entlang schritten, auf denen Winzer, die flachen Kiepen auf dem Rücken, gezackte Felstreppen hinauf- und hinabstiegen. Unten am Wege nahmen Fässerwagen die goldene Fülle auf, — es duftete nach herbem Most und in Felsenkellern wurde der Wein gepreßt. Der Weg, am Fuße burggekrönter Felsen entlangführend, begleitete den Fluß auf seinem mühsamen Weg durch hartes Gestein, hier zurückweichend, dort sich hindurchwindend, bis er, der harten Arbeit müde, aus seiner hoheitsvollen Ruhe in Unmut ausbrechend, sich in zornvoller Brandung dem Loreleyfelsen entgegenwirft. Brombeersträucher wucherten am Wege, wir pflückten die schwarzen übergroßen Beeren, die wie Wein schmeckten. Dampfer glitten majestätisch an uns vorüber, — drüben, am jenseitigen Ufer, ein Kranz anmutiger Dörfer, von Kirchtürmen umwacht, deren malerische Schönheit Sonne umflutete. Ach könnte ich schildern, wie das Wunder solcher Herrlichkeit uns wie Zaubergold in die Herzen drang, unser Wesen, unser Denken verklärend. Gütig müßten die Menschen werden, die dort leben.

In Goarshausen machten wir Mittagsrast und erwarteten die Bahn, die uns nach Niederlahnstein brachte. Ein einstündiger Aufenthalt gab uns Zeit, dieses reizende Städtchen zu betrachten. Dann fuhren wir das unbeschreiblich liebliche Lahntal bis Ems hinauf.

W. Lessen.

Bunte Zeitung.

○ **Ein historisches Erlebnis** hatte dieser Tage der Besitzer eines Antiquitätenladens in Paris. Er wurde nachts durch ein Geräusch auf der Treppe seines Hauses geweckt und sprang aus dem Bett, um nach dem Rechten zu sehen. Höchlichst erstaunt war er, als er dort einen Mann traf, der eine Ritterrüstung aus dem 15. Jahrundert trug. Kurz entschlossen griff der Antiquitätenhändler nach einer der alten Waffen, mit denen das Treppenhaus reichlich geschmückt war, und streckte seinen mittelalterlichen Gast zu Boden. Dann alarmierte er die Polizei, und es stellte sich heraus, daß der Eindringling sich im Laden in einer der dort aufgestellten Rüstungen versteckt hatte, um in der Nacht das Haus auszuplündern. Durch den Schlag der Waffe und durch den Sturz des „gefallenen Raubritters“ hatte sich das Visier zugeklemmt, so daß es erst am nächsten Tage geöffnet werden konnte. Bis dahin mußte der Einbrecher mit flüssiger Nahrung gefüttert werden, die ihm mit einem Schlauch durch eine Spalte des Visiers eingeflößt wurde.

○ **Eine neue furchtbare Waffe** im Luftkrieg ist durch die Versuche der Franzosen und Amerikaner mit drahtlos gelenkten Flugbomben heraufbeschworen. Wie aus den Vereinigten Staaten gemeldet wird, gipfelte dort eine lange Reihe von offiziellen Versuchen in einem 150 Kilometer weiten Flug, der von einem drahtlos gelenkten Flugzeug ohne Führer zurückgelegt wurde, das eine „Flugbombe“ darstellte. Diese Maschinen sind richtige Bomben mit Flügeln, denn der Mittelteil des Apparates, der die Explosivbombe enthält, wird durch Propeller zu einem Flugzeug gemacht. Dieses wird drahtlos gelenkt und ist so eingerichtet, daß es an einer bestimmten Stelle niedergehen und zur Explosion gelangen kann. So sandten die Sachverständigen des amerikanischen Luftdienstes eine Flugbombe quer durch Neuyork und ließen sie auf einem großen unbewohnten Feld explodieren, ein Vorgang, der in der ganzen Umgebung das gewaltigste Erstaunen hervorrief. Besonders wirksam sollen die Franzosen diese drahtlos gelenkten Flugbomben ausgebildet haben, so daß sie dadurch eine Waffe besitzen, die bei einem kommenden Kriege die entsetzlichsten Verheerungen hervorrufen kann.

Stadtv. Budzyński macht im Laufe der Aussprache einen unkorrekten Ausfall gegen die Linke, wofür ihn der Versammlungsleiter zur Sache mahnt.

Stadtv. Sieradzki bedauert es, daß die Krankenkassenangelegenheit vor das Stadtparlament gelangt sei, und verlangt kategorisch über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Schließlich wird durch Abstimmung mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß sich der Magistrat als Mittelperson in der Richtung bemühen möge, einen modus vivendi zwischen den Apothekern und der Krankenkasse zu finden.

Nach Verlesung der Mitteilung, daß Anfang Januar in Warschau eine Tagung der christlichen Handwerker stattfinden wird, entstand eine formelle Auseinandersetzung über die Anordnung des Versammlungsleiters Dr. von Mieczkowski, zunächst die Tagesordnung zu erledigen und dann zur Besprechung der eingebrachten Interpellationen überzugehen. Schließlich geht man nach dem Vorschlag des Versammlungsleiters vor und tritt in die Tagesordnung ein.

Nach Vornahme einiger Wahlen wird der Witwe des Handelsschullehrers Linke, der 35 Jahre im Amt gewesen ist, eine Pension in Höhe von etwas mehr als 90 000 M. monatlich bewilligt. Nach Annahme von Punkt 8 — Stabilisierung des Installationsmeisters Radomski — gelangt die

Erhöhung des Wasserpreises

zur Sprache. Die geplante Erhöhung gibt dem Stadtv. Śniady Anlaß, die Art der Bekämpfung der Teuerung durch den Magistrat zu kritisieren. Redner findet es unrationell, daß der Magistrat alle paar Wochen oder Monate die Gebühren für Wasser, Gas oder für elektrischen Strom erhöht. Es müsse ein anderer Weg gefunden werden, der Teuerung zu begegnen.

Der heftigen Rede des Sozialisten folgten die ruhig vorgetragenen Ausführungen des Stadtpräsidenten, der nur eine 900fache Erhöhung des Wasserpreises im Vergleich zur Vorkriegszeit ausrechnete. Was die Bekämpfung der Teuerung betrifft, so sei der einzige Weg die Steuerschraube. — „Wer liefert denn die Lebensmittel billiger als zu Marktpreisen?" fragt der Stadtpräsident zum Schluß.

Stadtv. Budzyński ergeht sich dann in schmeichelhaften Worten gegen den Stadtv. Śniady.

Die Vorlage, die eine Erhöhung der Wassergeldgebühren von 120 auf 180 Mark vorsieht, wird schließlich angenommen.

Punkt 10 der Tagesordnung, der die Erhöhung der Gebühren für elektrischen Strom von 240 M. auf 360 M. für die Kilowattstunde betrifft, gelangt dann ohne Widerspruch zur Annahme.

Stadtv. Kierski ergreift dann das Wort, um die Satzungen über die Einziehung einer städtischen Steuer für den Grundstückstausch zu verlesen. Die Steuervorlage wird von der Versammlung angenommen.

Nach Beschluß einiger Titelverstärkungen u. dergl. berichtet Stadtrat Nowicki über die in der letzten Stadtverordnetensitzung beschlossene

Konferenz in Sachen der Milchversorgung

der Stadt. Unter anderen einschlägigen Fragen hatte die Konferenz beschlossen, am nächsten Tage eine Deputation zum Eisenbahnpräsidenten Dobrzycki zu schicken, um die Bitte vorzutragen, die hinsichtlich des Milchversands geplante Änderung aufzuschieben, was vom Präsidenten zugesagt wurde. Stadtrat Nowicki teilte ferner mit, daß der Magistrat mit der schlesischen Wojewodschaft über die Milchausfuhr nach Oberschlesien bereits Fühlung genommen habe, daß bisher aber keine Antwort eingelaufen sei.

Eine Teuerungsaussprache.

Die nun folgende erste Interpellation, die die Teuerung betraf, ließ wieder den scharfen Gegensatz zwischen links und rechts zum Vorschein kommen. Der Berichterstatter Stadtv. Hedinger verlas folgende Entschließung, die dem neuen Sejm unterbreitet werden soll: Die Stadtverordnetenversammlung, die in der von ihr durchgeführten Aussprache eine ungeheure, katastrophale Zunahme der Teuerung, die sich durch die wirtschaftliche Lage des Landes nicht erklären läßt, vielmehr infolge der Entwertung der polnischen Mark entstanden ist, festgestellt hat, sieht die Ursachen dieser Teuerung im bisherigen Regierungssystem und bittet den Sejm:

1. Um die Bildung einer starken Regierung, die durch ihre Autorität und Energie das volle Vertrauen des Auslandes besonders auf wirtschaftlichem Gebiete erweckt;

2. ein entsprechendes Steuersystem zu beschließen, das die wirklichen Bedürfnisse des Staates und der Selbstverwaltung nach Möglichkeit deckt;

3. die Valuta in Ordnung zu bringen und zu stabilisieren.

Der erste Punkt dieser Entschließung stieß auf den schärfsten Widerstand der Linken. Sie verlangte die Streichung des Punktes 1.

Stadtv. Śniady zieht gegen die „listige" Abfassung der Entschließung zu Felde. Sie sei lediglich für Parteizwecke bestimmt. Was die Teuerung selbst betrifft, so sei der Brotpreis erst nach der Einführung des Freihandels am 1. August 1921 gestiegen.

Stadtv. Dr. Stark führt dann aus, daß niemand gegen die Forderung einer gerechten Steuerverteilung und die Stabilisierung der Mark etwas einwenden könne. Der erste Punkt der Entschließung enthalte jedoch Worte, die man Tag für Tag im „Kurjer Poznański" finden könne, wie „starke Regierung" und „Vertrauen zum Auslande". Seine Partei könne nur dann für die Entschließung stimmen, wenn sie frei von jeglichen politischen Motiven sei.

In der Abstimmung wurde der Antrag, die Entschließung in der vorgeschlagenen Form anzunehmen, angenommen und ein Zusatzantrag des Stadtv. Śniady, als letzten Punkt die Einführung des Sequesters zu fordern, unter Stimmenthaltung der Nationalen Arbeiterpartei abgelehnt. (Es fällt auf der Linken der Zuruf: „Die N. P. R. (Nationale Arbeiterpartei) hat keinen Mut!")

Darauf kamen die Invalidenvertreter Mechlicki und Stachecki zu Wort. Der erste berührt eine Personalfrage der städtischen Beratungsstelle. Der zweite nimmt zu dem vom Magistrat gefaßten Beschluß, mit dem Abzug der an die städtischen Beamten und Funktionäre ausgezahlten Gehaltsvorschüsse bereits vom 1. Januar, und nicht, wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden war, erst vom 1. April, zu beginnen, eine oppositionelle Stellung ein. Der Magistrat rühme sich immer damit, daß seine Beamten auf gleicher Stufe mit den Staatsbeamten ständen, in der Praxis weiche er jedoch von diesem Standpunkt ab.

Stadtrat Kultys stellt die Frage, ob es besser sei, die Vorschüsse erst später in Abzug zu bringen, oder sich der Gefahr auszusetzen, daß der Magistrat infolge Mangels an Fonds die Gehälter überhaupt nicht auszahlen kann.

Zu einem Beschluß über die Frage der Gehaltsvorschüsse konnte es aus formellen Gründen nicht kommen.

Nach zwei weiteren Interpellationen, von denen die eine (Stadtv. Budzyński) die Firma Cegielski, die andere (Stadtv. Sujak) die Zweisprachigkeit der Steuerformulare betraf, wurde die Sitzung um ½10 Uhr geschlossen. Inzwischen hatte sich der Saal und Zuschauerraum ziemlich geleert.

✕ **Ein ausgezeichneter Fang** ist der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, indem sie den Einbrecher, der vor etlichen Monaten die Villen in Unterbreg als Arbeitsfeld auserkoren hatte, festnehm und die gesamte Einbrecherbeute beschlagnahmte. U. a. war die Malinowskische Villa um Werte von 8 Millionen Mk. erleichtert worden, ebenso hatte er aus der Dankwarthschen Villa große Werte gestohlen. Als Täter wurde vor einiger Zeit der 22jährige, aus dem Kreise Ostrowo stammende Wladislaus Mruczacz dingfest gemacht. Bald darauf wurden die Hehler, in Wilda wohnende Verwandte des Einbrechers, ebenfalls ermittelt und die Einbrecherbeute in der Wohnung, im Keller, auf dem Boden restlos vorgefunden; sie konnte den Bestohlenen wieder zugestellt werden. Noch nicht ermittelt sind die rechtmäßigen Eigentümer zahlreicher ebenfalls beschlagnahmter Sachen, so von Bett- und Leibwäsche, Gabeln und Löffeln mit den Buchstaben J. S. usw. Diese Sachen machen ein ganzes Lager aus und können im Zimmer 48 der Kriminalpolizei besichtigt werden. Der Einbrecher ist trotz seiner Jugend ein großer Spezialist seines Faches; er pflegte durch die Schornsteine bzw. die Dachluken seinen Weg in die Villen zu nehmen.

♯ **Der Rekordpreis für Schweine.** Der Posener Rekordpreis für Schweine wurde von dem Viehhändler Schwartzkopf-Thorn geschlagen. Dieser schlachtete im dortigen Schlachthause ein Schwein im Gewicht von 7 Zentnern. Das Riesentier brachte seinem Besitzer, Majoratsherrn von Wegener-Ostaszewo, das nette Sümmchen von 700 000 Mark.

♯ **Deutschtumsbund.** Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

Besitzwechsel.

* **Kulm**, 6. Dezember. Der Rentier Alfred Schilling, ulica Dworcowa Nr. 38, verkaufte sein Haus an den Besitzer des Zentral-Hotels, Kurakowski, für 14 000 000 Mark. — Der Besitzer Eduard Fengler verkaufte seine Besitzung Blotto Nr. 70 an die Besitzerfrau Julianna Liczkowa aus Kongreßpolen für 2 900 000 Mark. — Der Kätner Julius Witt aus Königl. Waldau verkaufte sein Grundstück Nr. 22 an den Landwirt Adalbert Skalski aus Kleinpolen für 900 000 Mark. — Der Besitzer August Guse verkaufte seine Besitzung Kisin Nr. 28 an den Besitzer Jakob Goffrin aus Kongreßpolen für 3 000 000 Mark.

* **Thorn, 6. Dezember.** Herr Zientarski, der Inhaber der Firma A. E. Pohl, Selter- und Limonadenfabrik in der Araberstraße Nr. 13, hat sein Grundstück nebst Geschäftsbetrieb an einen Herrn aus Kongreßpolen verkauft.

---

* **Bromberg**, 6. Dezember. Eine stark besuchte Versammlung des Bromberger Gastwirtevereins nahm Stellung gegen das Verbot des Alkoholausschanks für eine große Zahl von Gast- und Schankwirtschaften. Das neue Antialkoholgesetz, so wurde u. a. betont, sei nach dem Urteil bedeutender Juristen auf das ehemals preußische Teilgebiet überhaupt nicht anwendbar. Der Zentralverband der Gastwirte hat beschlossen, gegen die ergangenen Verbote des Alkoholausschanks gerichtlich Stellung zu nehmen. Außerdem werden die meisten der von dieser Maßregel betroffenen Gast- und Schankwirte Beschwerde einlegen, die jedoch einer Stempelsteuer von 3000 M. unterliegt. Man hofft, daß auf Grund der Beschwerden die Zahl der Lokale, in denen Alkohol ausgeschenkt werden darf — in Bromberg Stadt 22 —, bedeutend erhöht wird. Als außerordentlich bedrückend für die Gastwirte wurde ferner die Verfügung bezeichnet, nach der sämtliche Gastwirte und Restaurateure bis zum 1. Dezember die Patentsteuer anzumelden und zu bezahlen haben, widrigenfalls die sofortige Schließung des Lokals erfolgt. Gleichzeitig hat unter Vorlegung des Konsenses die Neuanmeldung des Patents, das eine Bewirtung vom 1. Januar 1923 ab erlaubt, zu erfolgen. Da die Bezahlung der Patentsteuer größere Geldmittel erfordert, die Gastwirte aber von der Verfügung erst jetzt in Kenntnis gesetzt worden sind, so bringt diese Verordnung für viele Gastwirte ganz erhebliche Schwierigkeiten.

* **Bromberg, 6. Dezember.** Der schwere Raubüberfall auf den Uhrmacher Stambula, von dem wir berichteten, hat zwei Todesopfer gefordert: den Überfallenen und den Täter. Gestern nachmittag verschied im Diakonissenhause der Überfallene und im städtischen Krankenhause der Täter Bambera. Beide waren infolge ihrer schweren Verletzungen bis zu ihrem Tode nicht mehr vernehmungsfähig. Da Bambera alleinstehend war und der Wohnsitz seiner Eltern unbekannt ist, so werden seine Angehörigen von der Kriminalpolizei ersucht, sich bei ihr zu melden. Er ist am 19. September 1898 in Ottorowo, Kreis Samter, geboren. Sein Vater hieß Anton und seine Mutter Marjanna Bambera, geborene Figas.

* **Czarnikau**, 6. Dezember. Aus Fahrlässigkeit erschossen hat der etwa 15 Jahre alte Sylvester Bukowski in Lubasz den Arbeiter Gładziński. Der junge Mensch machte sich im Kontor der väterlichen Mühle im Beisein eines Landwirts mit einem französischen Stutzen (kurzes Kavalleriegewehr) zu schaffen. Munition hatte er sich dazu besorgt. Da trat der Arbeiter Gładziński in den Raum, ein Schuß krachte und die Kugel ging dem G. 10 Zentimeter unterhalb des Herzens durch den Körper hindurch. Gegen 2 Uhr nachmittags starb er. Er hinterläßt seine Ehefrau mit fünf Kindern in dürftigen Verhältnissen.

* **Graudenz,** 5. Dezember. Ausgeschieden sind im hiesigen Schlachthause Beamte und Angestellte deutscher Nationalität. Der letzte deutsche Fleischbeschauer wanderte vor einiger Zeit nach Deutschland aus. — Der letzte Wochenmarkt wies wieder Preissteigerungen auf. Die Butter kostete 2600 bis 2800 M. Vereinzelt verlangte man sogar 3000 M. Die Verkäufer wurden von den Polizeibeamten zur Anzeige wegen Wuchers aufgeschrieben. In einzelnen Fällen mag man die Butter auch noch mit 2300 bis 2400 M. gekauft haben. Gemüse und Obst zeigen ziemlich die bisherigen Preise. Schweinefleisch wird mit 1100 bis 1200 M. bezahlt. Für Eier, die recht knapp sind, fordert man 3000 M.

* **Inowrocław, 6. Dezember.** Auf dem hiesigen Jahrmarkt herrschte trotz des schlechten Wetters ein überaus starker Verkehr. Gute Geschäfte machten die Händler auf dem Krammarkt, wo ein starkes Angebot herrschte. Infolge des wegen der Lungenseuche ergangenen polizeilichen Verbots des Viehhandels war auf dem Markte überhaupt kein Vieh zu sehen. Der Pferdeauftrieb war im Verhältnis zu den früheren Jahrmärkten mäßiger. Für Pferde wurden folgende Preise gezahlt: beste Sorte bis zu 600 000 M., mittlere Sorte 450 000 Mk., Arbeitspferde 350 000 Mk. Ein verstärktes Polizeiaufgebot sorgte auf dem Jahrmarkt für mustergültige Ruhe und Ordnung.

* **Kolmar**, 6. Dezember. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, den fest angestellten Beamten einen Vorschuß in Höhe des Monatsgehaltes zu gewähren. Das Pflegegeld für die städtischen Armen wurde von 4000 auf 7000 M. monatlich erhöht und für die Pflegeschwester von 8000 auf 12 000 M. Die Schlachtgebühren wurden erhöht. Der Preis für Gas und elektrischen Strom wurde mit Wirkung vom 1. Oktober um 100 v. H. erhöht und für Wasser auf 300 M. das Kubikmeter festgesetzt.

* **Zirke, 4. Dezember.** Der am Donnerstag hier abgehaltene Kram-, Vieh- und Pferdemarkt war nur schwach beschickt und es wurden auch keine nennenswerten Geschäfte abgeschlossen. Schweine und Ferkel waren ganz wenig zum Markt gebracht, und wurden von Händlern zum Teil schon vor dem Markt aufgekauft und nachher mit ganz enormem Verdienst weiterverkauft. So hatte ein Besitzer drei Ferkel für 75 000 M. verkauft, und der Händler verlangte nachher für zwei davon 82 000 M.! Händler mit Manufakturwaren, Stiefeln und Pelzen waren recht zahlreich erschienen, und machten gute Geschäfte, obwohl die Sachen durchaus nicht billiger waren, als in den hiesigen Geschäften. — Die Bäckerläden wurden am Freitag förmlich gestürmt, nachdem bekannt wurde, daß vom 1. Dezember ab ein Dreipfundbrot 800 M. kosten soll. Mittags war kein Brot und keine Semmel mehr zu haben. — Die Ausbesserung der Warthebrücke schreitet rüstig vorwärts und wird, wenn die Witterung günstig bleibt, in etwa drei Wochen beendet sein. Man hat damit gerechnet, in drei bis vier Wochen mit der Ausbesserung fertig zu sein, doch stellte sich nachträglich heraus, daß der Unterbau derart schadhaft war, daß sämtliche Pfeiler erneuert werden mußten, so daß die Arbeiten längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Unzufriedenheit der Bewohner rechts der Warthe über die so lange dauernde Absperrung von der Stadt ist daher begreiflich.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 6. Dezember. Der Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke über den Njemen bei Grodno auf der Bahn Warschau—Petersburg oder jetzt Warschau—Wilna ist begonnen worden. Man hofft, die Brücke im Frühjahr fertigzustellen und dann wieder den direkten Weg Warschau—Wilna in Betrieb zu nehmen. Jetzt geht der Verkehr über Lida.

* **Warschau,** 6. Dezember. Die Warschauer Handelsbank, in der erst vor einigen Monaten Unterschlagungen in Höhe von einigen Millionen Mark zutage traten, wurde jetzt abermals das Opfer eines frechen Betruges, wobei sie einen Schaden von 29 Millionen Mark erleidet. Eine bisher noch unermittelte Person eröffnete bei dieser Bank ein Konto in Höhe von 4 Millionen Mark. Bereits am nächsten Tage legte der Unbekannte einen auf 29 Millionen Mark lautenden Scheck vor und erhielt diesen Betrag auch tatsächlich ausgezahlt.

Aus Ostdeutschland.

* **Labiau,** 2. Dezember. Eine Schwindelfirma ist hier entlarvt worden. Sie nannte sich „Welbert u. Haupt, Dressuranstalt, Labiau Ostpr." und inserierte hauptsächlich in sächsischen, thüringischen und mecklenburgischen Zeitungen, in denen sie dressierte Hunde zum Verkauf anbot. Dabei besaß die Firma weder einen Hund, geschweige denn einen dressierten. Auf die eingegangenen Meldungen verlangte die Doppelfirma 8000—10 000 M. Anzahlung für ein Tier. Auf diese Weise waren für die betrügerische Firma in den letzten Tagen etwa 45 000 M. eingegangen, als die Polizei auf sie aufmerksam wurde. Welbert wurde wegen Diebstahls in Haft genommen, Haupt ist mit seiner Frau und dem erschwindelten Geld verschwunden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

B. 1000. Wenn Sie dem Käufer auf die Frage, was zu dem Grundstück gehört, geantwortet haben, außer dem Hause 28 Morgen Land, so hat dieser mindestens moralisch ein Anrecht auch auf dieses Land. Um jedoch die rechtliche Seite beurteilen zu können, müßten wir den Wortlaut des Kaufvertrages kennen.

H. E. 40. 1. Ihre zukünftige Frau wird durch die Eingehung der Ehe mit Ihnen als einem polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität ohne weiteres polnische Staatsbürgerin. 2. Eine Einfuhrerlaubnis ist nicht erforderlich, wohl aber die deutsche Ausfuhrerlaubnis. Die Zollangelegenheit erledigt in Sientsch der Bahnspediteur Zippel, in Kreuz der Spediteur Haenisch.

R. J. in B. Der Wert von 1000 Schweizer Frank umgerechnet in deutsches Geld und 100 000 Mk. polnisch.

Nr. 95. Selbstredend sind in Deutschland oder sonst irgendwo wohnende Kinder von in Polen lebenden Eltern erbberechtigt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 7. Dezember 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 33 000—45 000 M., II. Sorte 28 000—30 000 M., III. Sorte 17 500—20 000 M. B. **Bullen** I. Sorte 33 000—45 000 M., II. Sorte 28 000—30 000 M., III. Sorte 17 500 bis 20 000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 33 000—45 000 M., II. Sorte 28 000—30 000 M., III. Sorte 17 500—20 000 M. D. **Kälber** I. Sorte 59 000—60 000 M., II. Sorte 53 000—54 000 M., III. Sorte 45 000 bis 48 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 35 000—36 000 M., II. Sorte 30 000 bis 32 000 M., III. Sorte 25 000—28 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 110 000—112 000 M., II. Sorte 105 000 bis 108 000 M., III. Sorte 95 000—98 000 M.

Der Auftrieb betrug: 70 Rinder, 75 Kälber, 229 Schafe, 80 Schweine, 3 Ferkel. — Tendenz: ruhig.

Der Berliner Börsenbericht vom 6. Dezember
ist nicht eingelaufen.

Danziger Mittagskurse vom 7. Dezember.

Polnische Mark in Danzig 45½—46
Dollar in Danzig .... 8100—8150

Die in weiten Kreisen vorteilhaft bekannte Firma **Gebrüder Miethe, Poznań, ul. Gwarna 8**, feierte am 6. d. Mts. ihr fünfzigjähriges Geschäfts-Jubiläum. Aus diesem Anlaß hat die Firma ihr Detail-Verkaufsgeschäft festlich dekoriert. Die Firma hat durch Solidität und ihre vorzüglichen Chokoladenfabrikate sich ein Renommee erworben und ladet die Kundschaft zur Deckung ihres Weihnachtsbedarfs ein. Wir verweisen auf die Geschäftsanzeige in heutiger Nummer unserer Zeitung und wünschen der Firma auch fernerhin beste Erfolge.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Eine deutsche Frauentagung in Posen.

Seit ein und einem halben Jahre trafen sich vom 14. bis 16. November zum ersten Male wieder die Vertreterinnen der deutschen Frauen in Polen aus Stadt und Land in Posen, und wenn auch leider nicht alle Gäste aus der Provinz an sämtlichen Beratungen teilnehmen konnten, so fanden sich doch an dem einen oder dem anderen Tage die meisten der altbekannten Führerinnen, um Erfahrungen und Anregungen auszutauschen oder neue Mitarbeiterinnen der gemeinsamen Sache zuzuführen.

In der geschlossenen Sitzung der Vertrauensfrauen des Frauenbundes am 14. November entrollte sich das Bild des Standes der Arbeit in Stadt und Land. Zwar hatten nicht alle angeschlossenen Vereine Vertreterinnen entsenden können, die Lücken wurden jedoch durch Berichte des Vorstandes, der Gelegenheit gehabt hat, die Tätigkeit der einzelnen an Ort und Stelle kennen zu lernen, ergänzt, so daß die Übersicht trotzdem als vollständig gelten kann. Überall hat das letzte Jahr eine noch verstärkte Konzentration der Frauenarbeit ergeben. In vielen Orten besteht nicht mehr ein Frauenbund nach dem Muster der Zentrale in Posen, der die verschiedenartigen Frauenvereine umfaßt, sondern die Verminderung der Anzahl der Deutschen in Polen hat es mit sich gebracht, daß meistens nur ein Frauenverein bestehen geblieben ist, der, mag sein ursprüngliches Tätigkeitsfeld auch heißen wie es wollte, die Vertretung aller Fraueninteressen auf sozialem, charitativem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet übernommen hat. Und überall herrscht das freundschaftliche Bestreben nach Gemeinschaft in der Arbeit, nach Zusammenschluß aller Frauen und dauernder Fühlungnahme. Sehr verschiedenartig und manchmal sehr erfinderisch versuchen die Frauen sich für ihre Liebesarbeit die nötigen Mittel zu verschaffen. Als besonders gelungen kann die in einer Stadt seit Jahren blühende Milchküche gelten, die einmal den Säuglingen und Wöchnerinnen der Stadt einwandfreie Milch zu mäßigen Preisen liefert und anderseits auch noch erfreuliche Überschüsse für die Verwaltungskosten und für Wohlfahrtszwecke abwirft. Läßt sich dies Beispiel gewiß noch nicht an jedem Ort nachahmen, so kommt vielleicht durch diese Mitteilung manche kluge Kassenführerin auf einen anderen guten Gedanken. So sollten ja auch die Frauenbriefe, die an die angeschlossenen Vereine gehen, wirken, und die stete Nachfrage nach ihnen beweist, daß solche Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen.

Der Nachmittag des 14. November war der Besprechung des weiteren Umkreises der Frauentätigkeit, der Zusammenarbeit von Mann und Frau gewidmet. Auch hier war Einmütigkeit. Und wenn vielleicht auch noch einige Männer weder von der Mündigkeit der Frau noch von der Notwendigkeit weiblicher Arbeit für das Gemeinwesen überzeugt sind, so kann die Frau ihren Befähigungsnachweis durch die Vorführung der von ihr tatsächlich schon geleisteten praktischen Arbeit bringen. Die gerade verflossene Wahlzeit, während der Mann und Frau jeder an seinem Platze geleistet hat, was in ihren Kräften stand, hat das harmonische Zusammenarbeiten recht gefördert. Es weiter auszubauen und die Kreisgeschäftsstellen des Deutschtumsbundes als natürlichen Mittelpunkt dafür zu benutzen, das ist der Wunsch, mit dem wir jetzt, nachdem der Wahlkampf vorbei ist, in die produktive Arbeit für die Deutschen in Polen eintreten.

Ein größerer Kreis versammelte sich am Mittwoch, dem 15. November, zur Frauentagung, die mit dem Vortrage von Herrn Dr. Rauschning über die Frau als Volksbildnerin begann. Vom deutschen Hause, das die Tradition pflegen, das Echte erhalten, die Schätze an deutschem Geistesgut, wie sie in unseren Märchen, Sagen, Volksliedern, Spielen und Bräuchen offenbar werden, bewahren kann und soll, hat unser Kulturleben auszugehen. Hier liegt die Hauptaufgabe der Frau, die diese Erziehung zum Deutschtum vorzunehmen hat. Mit dem Dänen Grundtwig kommt es uns nicht auf Wissensbildung, sondern auf Wesensbildung an, und wir können uns dabei an die Werke bewährter Führer halten. Fichtes Reden an die deutsche Nation und Stapels Volksbürgerliche Erziehung weisen uns die Wege, während uns die unsterblichen Sammlungen der Brüder Grimm, Brentanos, Arnims und Görres' das Material in die Hand geben. In der dem Vortrage folgenden regen Aussprache wurde besonders eingehend die Frage erörtert, wie am besten und anregendsten Volksunterhaltungen zu veranstalten seien, und es wurde dankbar begrüßt, daß der Kulturausschuß jetzt auch Vortragsfolgen ausarbeitet und zur Verfügung stellt. Alle Anwesenden waren von der Verantwortung der deutschen Frau in Polen tief überzeugt, und doch fühlten es die meisten, wieviel noch fehlt, ehe wir alle dieser hohen Aufgabe gewachsen sind. Gegenseitiges Lehren und Lernen tut uns not. Deshalb wurde beschlossen, zuerst einmal in Posen Beratungsabende für Mütter einzurichten, wo alles besprochen werden soll, was geeignet ist, die Frauen zu vertiefen und zu ertüchtigen, was die Erziehung des kommenden Geschlechts bessern und erleichtern kann. Im Namen der deutschen Frauen in Polen legte am Schlusse der Beratungen Frau von Treskow aus Radojewo ein mutiges Bekenntnis zum Idealismus ab. Wir wollen unsere Häuser zu Kulturinseln machen, das äußere Leben vereinfachen und das Innenleben vertiefen.

Im Anschluß an die Tagung des Frauenbundes veranstaltete der Hilfsverein deutscher Frauen in Posen die langgeplante Ausstellung von Handarbeiten und begann damit das große Werk einer produktiven Mittelstandshilfe, die sich hoffentlich noch weiter ausbauen und zu einer ständigen Einrichtung auswachsen wird. Die Ausstellung war aus allen Teilen der Provinz reichlich beschickt und wies eine große Mannigfaltigkeit auf. Gebrauchs- und Luxusarbeiten in fast jeder gebräuchlichen Technik waren vertreten und wurden gerne gekauft, so daß nur ganz wenige Gegenstände zurückgeblieben sind. Besonders erfreulich ist die große Anzahl der Bestellungen, die nach den ausgestellten Mustern gemacht worden sind, und die mancher fleißigen Arbeiterin Beschäftigung auf lange Zeit hinaus sichern. Das Bedürfnis nach einer Zentralstelle, wo man Handarbeiten bestellen kann, ist offenbar sehr groß, denn noch jetzt laufen täglich Anfragen bei der Geschäftsstelle des Hilfsvereins ein. Also können auch noch immer Angebote von Frauen, die Arbeiten zu übernehmen gedenken, angenommen werden. Von dem guten Erfolge ermutigt, plant der Hilfsverein eine neu Ausstellung der gleichen Art, ebenfalls in Verbindung mit einem kleinen Verkauf von Wertgegenständen aus Privatbesitz um die Osterzeit, auf die man schon jetzt alle Interessierten aufmerksam zu machen bittet.

Es war den Besucherinnen des Frauentagung Gelegenheit geboten, an einer Vorstellung der Wandertruppe des Kulturausschusses teilzunehmen. Es wurde der „Zerbrochene Krug" von Kleist gegeben. So konnten die Frauen sich durch den Augenschein davon überzeugen, wie gut sich gerade diese so sehr vereinfachte Art der Darstellung den örtlichen Verhältnissen anpaßt, und Erwägungen anstellen, ob sich nicht auch für den eigenen Heimatort eine solche Aufführung empfehlen würde.

Am 15. November beginnen die auswärtigen Gäste die Feier des 60. Geburtstages von Gerhart Hauptmann mit den Posenern zusammen in einem würdigen Festakt und bekundeten so den festen Zusammenhang des Deutschtums in Stadt und Land und unseres Kulturempfindens mit dem des alten Heimatlandes. L.

Liselotte von Orleans.

(Zum Gedächtnis ihres 200. Todestages am 8. Dezember.)

Von der Pfälzischen Liselotte ist schon viel geschrieben, gedichtet und erzählt worden. Aber just unsere Zeit ist förmlich geschaffen, das Bild dieser prächtigen urdeutschen Frau uns vor Augen zu führen, und ich wollte, die Lehrer und Lehrerinnen erzählten an ihrem 200. Todestage von ihr ihren großen und kleinen Schülern und Schülerinnen, den Schülerinnen noch mehr, denn gerade die kommende weibliche Generation wird solche Beispiele in vaterländischem Sinne brauchen können.

Elisabeth Charlotte von Orleans war die Tochter des Pfälzer Kurfürsten Karl Ludwig und seiner ersten Frau Charlotte von Hessen. Im elterlichen Hause schwebten um ihre Kindheit die Schatten des ehelichen Zerwürfnisses; der junge Kurfürst trennte sich 1658, sechs Jahre nach Liselottes 6. Geburtstag von der ihm stets lieblos entgegentretenden Frau, um mit dem Hoffräulein Luise von Degenfeld eine neue glückliche Ehe einzugehen. Um sie dem Wirrwarr am Heidelberger Hofe zu entziehen, nahm ihre Tante Sophie, die frische und liebenswürdige jüngste Schwester Karl Ludwigs, sie in ihr Hannoveraner Heim mit, und hier darf sich das stets lustig springende Kind nach Herzenslust austoben. Seit 1663 wieder zu Hause, fand sie in Fräulein von Kolb eine ziemlich unbedeutende Erzieherin. Zur zweiten Gemahlin des Herzogs Philipp von Orleans, des Bruders Ludwigs XIV. ersehen, läßt sie sich überreden, von der calvinistischen zur römisch-katholischen Kirche überzugehen, um dann als Herzogin von Orleans nach Paris zu ziehen. Aus dem ziemlich kleinbürgerlichen Hofe ihres Vaters kam sie plötzlich in das Gewoge des Hofes des Sonnenkönigs. Als eine neue Erscheinung, mit Neugierde erwartet, mit scharfen Blicken beobachtet, tritt sie in die französische Gesellschaft ein. Man fand sie allgemein passabel, und vor allem gewann Liselotte sich die Sympathie durch ihr freimütiges Wesen. Ihre Ehe war mit dem kraftlosen Wüstling Philipp durchaus nicht glücklich, aber diese deutsche Frau versteht es, dem Leben die besten Seiten abzugewinnen, ob es ihr auch schwer wurde, lange Zeit die schlimmsten Klippen zu umgehen. Sie hat unendlich viel unter dem Hoftratsch gelitten. Ihr Sohn Philipp glich dem Vater, während die Tochter Liselotte ganz ihr Ebenbild wird. Um ihr bestes Recht, um die Erziehung und die Zukunft dieser Kinder hat sie die härtesten Kämpfe zu bestehen. An einem Hofe, wo des Tyrannen Willen alles war, verstand diese offene und ehrliche Frau es oft wenig, sich durch die verschlungenen Wege der Intrigen hindurchzufinden. Allmählich beginnt bei ihr das Gefühl durchzubrechen, daß sie, obwohl mitten im Reichtum und Wohlleben, doch im Schatten der Einsamkeit sitzt. Bald kommen über sie die allerschwersten Geschicke, die sie aber ergeben und pflichtgetreu trägt. So wurden durch die Ausweisung der Protestanten ihre evangelischen Gefühle, die sie trotz ihres Übertritts zum Katholizismus gehalten hat, arg verletzt; und die pfälzischen Raubkriege, die ihrer Heimat schweren Schaden brachten, verursachen ihr monatelang tiefe Trauer.

Das schönste Denkmal hat sich Liselotte selbst in ihren zahlreichen Briefen gesetzt. Da sie ihre Heimat Deutschland nur noch einmal, im Jahre 1683 besuchte, blieb die Betätigung ihres starken Heimatgefühls nur auf den Ausspruch in der brieflichen Unterhaltung angewiesen. Sie hat Tag für Tag geschrieben, nach Hannover an Sophie, nach Heidelberg und Frankfurt an Luise, und sonst in alle Welt hinaus, wo Verwandte und Freunde saßen. Alles, was sie zu Papier bringt, ist der unmittelbare Ausdruck ihrer Seelenstimmung, sie schreibt, wie sie denkt, was gerade aus dem Kopfe herauskommt. Und selten ist in der Form von Briefen so viel Schönes ausgedrückt, so viel Herzensadel und deutsche Art und deutsche Innigkeit: die Briefe der Liselotte müßten in einer ganz billigen Volksausgabe, in guter, gediegener Auswahl gedruckt werden, um sie den jungen ins Leben hinausziehenden Töchtern mitzugeben.

Waldemar Gröhn.

Die Modedame in Wolle.

Prof. Jäger, der Wollapostel, hätte sich gewiß nicht träumen lassen, daß seine Begeisterung für den hygienischen Wert der Wolle einmal zu einer Modeparole werden würde. Allerdings — in einem „äußerlicheren Sinn, als er es meinte, und — gestehen wirs — auch in einem hübscheren. Denn das „Jägerhemd" mag ja seine Vorzüge haben, aber die Ästhetik kommt bei ihm, selbst wenn es sehr lang ist, zu kurz. Also Wolle, die ist heute Trumpf, und gerade die Modedame ist es, die ihr zum Sieg verhilft. Sie erscheint einmal in Grün, dann in Terrakotta, das nächste Mal in Gobelinblau oder in Altgold — es gibt ja so viele Möglichkeiten, das Wollkleid abwechselungsvoll zu gestalten, das jetzt jede zeitgemäß gekleidete Frau haben muß. Sie will es haben, weil es „so warm" ist und weil es angeblich ihre anderen Sachen schont. Man ist damit gut angezogen, nicht nur zu Hause und unter dem Mantel, sondern auch bei Besuchen, die nicht gerade angesagte Gesellschaften sind. Das wirtschaftlich erfreuliche Moment dieser Mode ist jedenfalls, daß sie den Frauen des Mittelstandes Verdienstmöglichkeiten bietet. Wer voriges Jahr Jumper strickte und häkelte, arbeitet jetzt nicht nur Jumperwesten, sondern vor allem Wollkleider, die allerdings weit schwieriger herzustellen sind. Ganze Berge bunter Wolle in schönen Farben werden durch die großen Werkstätten an Heimarbeiterinnen vergeben, und jedes Atelier hat selbstverständlich seine eigenen neuen und allerneuesten Modelle. Die einen haben Einsätze von Seide, die überhäkelt werden und in Form von Blenden oder Bändern über das Kleid laufen, die anderen haben das Vorderblatt und die vordere Partie des Blusenteiles mit bunter Seide bestickt und bei einfacheren Mustern begnügt man sich mit Seidenborten. Der Gegensatz der matten Wolle und der glänzenden Seide gibt fast immer hübsche Wirkungen und belebt die Einförmigkeit des Materials. Auch hier gibt es Streifen über Streifen, von diskreten Linien bis zu Harlekinaden, die etwas Faschingsmäßiges haebn. Diese Streifen werden so übertrieben, daß man ihrer bald überdrüssig werden dürfte. Natürlich fehlen die Gürtelschnüre mit kunstgewerblichen Spielereien selten. Wichtig ist es, die Kleider so zu arbeiten, daß sie sich nicht „verziehen" und nicht „zipfeln", wie der Fachausdruck lautet. Kinder und junge Mädchen tragen weiße Wollkleider mit gestickten Blumen oder bunten Besätzen, zu denen dann ein lustiges Mützchen gestimmt wird. Die kleinsten Mädchen sind jetzt schon Modedamen in Wolle und schauen meist allerliebst in ihrer Puppenkleidung aus. Auch beim Sport liebt man das Wollkleid. Es ist dann schlichter gehalten, als das der Modedame. Wohlfeil sind diese „einfachen" Kleider keineswegs, wenngleich behauptet wird, daß sie weit billiger sind als andere Gewandungen. Die Pierrotkrause oder die schalartig geführte Krause taucht immer wieder auf und wird so angebracht, daß sie leicht abzunehmen ist. Die Wollkleider geben der Mode jedenfalls eine farbenfrohe Note. Sie stehen oft so hübsch, daß sie nicht nur die warm machen, die sie tragen.

Umschau.

Die Selbsthilfe der Krüppel. Der in Berlin befindliche „Otto Perl-Bund", der sich die Forderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten zum Ziel setzt, hat jetzt durch eine Weihnachtsmesse eine Leistungsprobe geliefert, die sich sehen lassen kann. Nicht nur Berliner Mitglieder sind darauf vertreten, auch aus anderen Städten ist sie von Einzelpersonen, von Vereinen und Anstalten beschickt worden. Strick-, Stick-, Häkel- und Klöppelarbeiten wurden zumeist von Frauen hergestellt, während die männlichen Behinderten vielfach kleinen Hausrat und kunstgewerbliche Erzeugnisse geliefert haben; oft von solchen Verkrüppelten oder Gelähmten, die nur mit einer Hand arbeiten können. Bei der Eröffnung, an der viele in der Wohlfahrtspflege tätige Persönlichkeiten, wie auch Vertreter der einschlägigen Behörden teilnahmen, gab der Vorsitzende dem berechtigten Stolz Ausdruck, daß es dem Bunde schon in kurzer Zeit gelungen sei, die Mitglieder aus Steuernehmern in Steuerzahler umzuwandeln.

Eine Tagung pazifistischer Frauen. Eine Frauenkonferenz, unter der Losung „Ein neuer Friede", wird von der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" nach dem Haag einberufen, auf den 7. bis 9. Dezember. — Folgende Leitsätze gelten für die Tagung: Da in dem bestehenden Völkerbund nicht alle Völker vertreten sind und er sich selbst für nicht zuständig erklärt, die Friedensverträge auszubauen oder zu revidieren, ist es erforderlich, daß ein vorübergehend tagender Weltkongreß von Vertretern aller Völker einberufen werde, um einen neuen Frieden zu schaffen, der den internationalen Interessen gerecht wird und allen, großen und kleinen Nationen außen- wie innenpolitisch die gleichen Rechte gewährleistet. Angesichts der vernichtenden Folgen, die aus den wirtschaftlichen Maßnahmen der Friedensverträge entstanden sind, ist es an der Zeit, diese aufzuheben und durch solche zu ersetzen, die wirtschaftliches Gedeihen der Völker und freien Austausch aller Güter wiederherzustellen. Das setzt voraus, daß durch einen neuen Frieden auch die Frage der interalliierten Kriegsschulden einer Neuregelung unterzogen wird. Der Weltkongreß soll Vereinbarungen treffen, die der ganzen Welt Freihandel sichern. Allgemeine völlige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft einschließlich jeglicher Ausschaltung chemischer Kriegführung ist eine der wichtigsten Grundlagen für einen dauernden Frieden. Man erwartet Vertreterinnen aus 20 Ländern.

Eine Scheidungsreform in den Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Frauen haben einen Feldzug eröffnet, um die bunte Vielgestaltigkeit der Scheidungsgesetze in den verschiedenen Staaten aus der Welt zu schaffen. Der Generalbund der amerikanischen Frauenklubs hat ein Gesetz ausgearbeitet, das dem nächsten Kongreß vorgelegt werden soll und nach dem gleichförmige Ehegesetze für das ganze Land vorgesehen werden. Um die Scheidung schwieriger zu machen, läßt das neue Gesetz nur fünf Scheidungsgründe gelten, nämlich Untreue, unheilbare Geisteskrankheit, einjähriges Verlassen, grausame und unmenschliche Behandlung oder Überführung eines entehrenden Verbrechens. Eine einmal ausgesprochene Scheidung soll in jedem Staat Gültigkeit haben, und keiner der beiden Teile soll sich wiederverheiraten dürfen, bis nicht ein Jahr nach der Scheidung verflossen ist. Ferner verlangt das Gesetz, daß das Eheaufgebot wenigstens zwei Wochen vor der Eheschließung erlassen sein muß.

Wohnung und Haushalt.

Schlafzimmerhygiene im Winter. In ungeheizten Schlafräumen pflegen die Betten sehr leicht „klamm", feuchtkalt, zu werden. Die Ausdünstungen der Nacht trocknen selbst beim sorgsamen Aufdecken und Lüften am Morgen im kalten, sonnenlosen Schlafraume nicht restlos wieder aus, und so ist es denn keine Seltenheit, daß der Körper in dergestalt feuchtkalten Betten während der ganzen Nacht nicht recht warm wird oder infolge der feuchten Wärme, die sich nach längerer Zeit darunter entwickelt, sich sogar bei gelegentlicher Lüftung des Bettes und dadurch Abkühlung einzelner Körperstellen erkältet. Es ist notwendig, die Betten von Zeit zu Zeit in geheizten Wohnräumen durch stundenlanges Auslegen gründlich auszutrocknen. Zwei Stühle, mit den Lehnen gegeneinandergerückt, sind dafür geeignet. Aber auch warme Steine und Wärmflaschen, während es Tages öfter gewechselt, verhüten das Klammwerden der Federn und erhalten sie locker und leicht. Weiter sollte öfteres nasses Wischen der Schlafräume zur Verhütung von feuchter Luft im Winter unterbleiben und durch trockenes Aufwischen der Fußböden ersetzt werden.

Wenn die Nähmaschine streikt. Bei der Nähmaschine kommt es nach dem Nähen von stark fasernden Stoffen vor, daß sie plötzlich Stiche aussetzt, sich schwer in Gang setzt oder sogar stehen bleibt. Die Ursache ist meist das Trockenlaufen einzelner Teile. Man muß sie mit Benzin oder Petroleum einspritzen, dann sofort tüchtig in Bewegung setzen und am nächsten Morgen nach gründlichem Reinigen von neuem reichlich mit gutem Maschinenöl einfetten. Dann wird sie wieder leicht und geräuschlos gehen und tadellose Arbeit leisten.

Praktisches.

Beschädigte Bücher auszubessern. Oft geschieht es, daß an vielgelesenen Büchern, namentlich an Schulbüchern, sich der Rücken löst. Vom Buchbinder ausbessern lassen, kann man solche Beschädigungen heute des hohen Preises wegen nicht. Lassen wir uns denn erzählen, was eine geschickte Frau uns in „Über Land und Meer" (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) über solchen Invaliden zu sagen hat: „Ich nehme einen Streifen schwarzen Kaliko oder graues Leinen oder sonst einen festen, derben Stoff, etwas länger als der Buchrücken hoch ist und so breit, daß nach Einschlagen der Längsränder der Streifen rechts und links etwa einen Zentimeter breit und über den Buchdeckel übergreift. Dann nehme ich die Ahle oder eine starke Stopfnadel und bohre damit in den Buchdeckel in regelmäßigen Abständen kleine Löcher. Nun lege ich den neuen Rückenstreifen um den alten Rücken, der am Buche bleibt, und nähe ihn mit Hilfe der vorgebohrten Löcher mit starkem, zum Stoff passenden Zwirn oder dünnem Spagat erst vorn, dann auch hinten, ihn recht straff ziehend, am Buchdeckel fest. Natürlich müssen die Löcher so angebracht werden, daß der Streifen an beiden Seiten gleichweit über den Deckel greift und die Arbeit ordentlich ausfällt. Wenn man will, kann man die Stiche innen noch mit einem Streifen Papier verdecken, den man mit Dextrin oder Fischleim anklebt, doch ist das gar nicht einmal nötig, da die gut ausgeführten Steppstiche dem Buche keineswegs zur Schande gereichen."

Fleckige Marmorplatten reinigt man mit Seifen- oder Salmiakwasser. Auch eine Mischung von einem Liter Wasser und einem Löffel Salzsäure erweist sich als fleckenverscheuchend.

Seifenreste werden in einer Tasse gesammelt. Hat man ungefähr eine halbe Tasse voll, gießt man sie viertelvoll mit heißem Wasser und läßt die Seife an warmem Ort ganz aufweichen. Hat sie sich gelöst, rührt man so viel Mandelkleie und feinen Sand darunter, daß die Masse steif wird. Man läßt sie ein paar Wochen austrocknen. Die Seife eignet sich dann gut zum Händewaschen nach schmutziger Arbeit.

Rezepte.

Sauerkraut mit Fisch. Sauerkraut wird fett und weich gedünstet; Schellfisch wird in Salzwasser fünf Minuten gekocht, herausgenommen, von den Gräten abgelöst. Eine Form, Kasserolle oder Schüssel wird mit Butter bestrichen, eine Lage Sauerkraut, eine Lage Fisch gegeben — bis das Gefäß voll ist. Obenauf streut man Semmelbröseln, gibt etwas Butter darauf und bäckt eine halbe Stunde in der Röhre und bringt es in der Form auf den Tisch.

Falsche Leberpastete. Eine kleine Kalbmilz wird gehäutet, schnell überwaschen, in Stücke geschnitten und in Salzwasser weichgekocht. Dann treibt man sie durch die Fleischmaschine, rührt die Masse mit Schmalz und roher, gewiegter Zwiebel unter Zusatz von Salz, Pfeffer und etwas Majoran durch. Die Pastete bildet einen herzhaft schmeckenden Schnittenbelag.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 7. Dezember.

Ein Kriminalbeamter von einem Fahnenjunker erschossen.

Ein Opfer seines Berufs ist gestern abend gegen 11 Uhr der 28jährige Kriminalbeamte Josef Wolek, der bei der Hotelkontrolle tätig war, geworden, indem er von dem 32jährigen Fahnenjunker der Automobilkolonne Edmund Tomaszewski im Hause Plac Nowomiejski 10 (fr. Königsplatz) durch einen Revolverschuß getötet wurde.

Tomaszewski war wegen verschiedener militärischer Vergehen in Untersuchungshaft genommen worden; es war ihm jedoch gelungen, die Freiheit wiederzugewinnen und sich in der Stadt versteckt aufzuhalten. Er wurde deshalb von der Gendarmerie gesucht. Gestern abend wurde nun ermittelt, daß er im Hause Plac Nowomiejski 10 (fr. Königsplatz) im ersten Stock Wohnung genommen hatte. Der Kriminalbeamte Wolek, der gestern abend im Polizeipräsidium Dienst hatte, wurde zur Verhaftung des Fahnenjunkers herbeigerufen. Er begab sich in Begleitung eines uniformierten Schutzmanns in das genannte Haus. Kaum hatte er die Wohnungstür geöffnet, als Tomaszewski einen Revolverschuß auf ihn abgab, der ihm mitten durch die Brust ging und ihn niederstreckte. Während der Schutzmann sich um den Schwerverletzten bemühte, gelang es dem Täter, durch einen Sprung aus dem ersten Stockwerk auf die Straße zu entkommen. Wolek verstarb nach einer Viertelstunde.

Wolek war unverheiratet und galt wegen seines unermüdlichen Pflichteifers als tüchtiger Beamter und war bei seinen Vorgesetzten und Berufsgenossen sehr beliebt. Sein Mörder Tomaszewski ist am 11. November 1890 in Kaczlin, Kreis Birnbaum, geboren. Er ist 1,58—1,60 Meter groß, von schlanker Figur, hat ein hageres Gesicht, dunkles Haar, kleinen schwarzen gestutzten Schnurrbart und trägt Zivilkleidung. Das Publikum wird gebeten, zur Festnahme des Mörders mit beizutragen. Lichtbilder von ihm können bei der Kriminalpolizei im alten Polizeipräsidium besichtigt werden.

Deutsche Kunstausstellung. Die in den Räumen des Vereins junger Kaufleute stattfindende deutsche Kunstausstellung wird am Freitag, dem 8. Dezember, mittags 1 Uhr für allgemeine Beratung geöffnet sein. Künstler und Künstlerinnen aus Bromberg, Thorn, Dirschau, Rawitsch, Krotoschin, Posen u. a. haben die Ausstellung beschickt. Die Ausstellung wird bis zum 20. Dezember geöffnet sein und zwar täglich von 11 bis 3 Uhr. Eintrittskarten zum Preise von 200 M. sind am Eingange zu haben. Dauerkarten, für die Dauer der Ausstellung gültig, werden 500 M. kosten.

Mörder Hoffnung der Frauen. Am 14. d. Mts. veranstalten die Wanderspiele des Kulturausschusses eine Aufführung von Georg Kaisers „Claudius" und Oskar Kokoschkas „Mörder Hoffnung der Frauen". Beide Dramen gehören zur jüngsten Literatur. Die Wanderspiele betreten damit ein neues Gebiet, das sie als ihr eigentliches betrachten, und worin sich die Bestrebungen dieser Spiele deutlich und vollendet zu zeigen versprechen. Eintrittskarten sind von Sonnabend ab im Zigarrengeschäft von A. Gumnior zu haben.

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein für Großpolen zu Poznań. Am Dienstag, dem 12. d. Mts., hält der Verein abends 8¼ Uhr eine Sitzung in den Räumen des Vereins junger Kaufleute — altes Stadttheater, 2. Stock — ab, in der Herr Studienassessor Vogt einen Vortrag über: „Das Verhältnis von Leib und Seele und den Satz von der Konstanz der Energie" halten wird. Gäste sind dazu willkommen.

Die Fortsetzung der Vorlesung von Lic. Schneider (Thema der nächsten Stunde: „Steiners Anthroposophie") ist mit Rücksicht auf den katholischen Feiertag auf Dienstag, den 12. d. Mts., festgesetzt, und zwar soll sie im Vortragszimmer des Evangelischen Vereinshauses von 7¼—8 Uhr gehalten werden.

Das Konzert des dänischen Geigers Johann Nilsson, das am Montag stattfinden sollte, damals aber wegen Erkrankung des Künstlers abgesagt werden mußte, findet am Sonnabend dieser Woche, dem 9. November, statt.

---

* **Dirschau,** 5. Dezember. Über den schon kurz gemeldeten Doppelraubmord an dem alten Ehepaar Drews in Dirschauerwiesen berichtet die „Dirsch. Ztg." die folgenden Einzelheiten: An der Verbindungschaussee, die von Dirschauerwiesen nach dem Bahnhof Liebenhoff führt, wohnte in einem alten Häuschen der frühere Besitzer Ferdinand Drews, der bereits im 73. Lebensjahre steht, ernährte sich nur kümmerlich durch gelegentliche kleine Hilfeleistungen bei benachbarten Besitzern. Da sich beide am Freitag nicht sehen ließen und auch die Fenster am Sonnabend früh noch verhängt blieben, so schöpfte man Verdacht, und mehrere Nachbarn dringen in die Wohnung ein. Dort bot sich ein grauenvoller Anblick: Auf der kleinen Tenne des scheunenartigen Anbaues sah man am Eingang Strohbündel liegen, von wo aus Blutlachen hervorgequollen waren. Als man das Strohbündel zur Seite schob, lag unter ihm der alte Drews, völlig bekleidet, in einer großen Blutlache, der ganze Kopf und das Gesicht fast zur Unkenntlichkeit zerschlagen und stark mit Blut besudelt; am Halse hatte er außerdem eine lange, tiefe Schnittwunde. Neben der Leiche lag eine völlig zerschlagene und mit Blut besudelte Holzschaufel, wie solche zum Getreideschaufeln gebraucht werden. Als man nun von der Scheune aus die kleine ärmliche Wohnung betrat, bot sich ein noch furchtbarerer Anblick: Die ganzen primitiven Möbelstücke in dem Zimmer, wie Bett, Schrank und einige Schubfächer, waren völlig durchwühlt, und alles lag wüst herum; im danebenliegenden kleinen Küchenraum aber lag auf dem Fußboden ausgestreckt die ungefähr 56 Jahre alte Ehefrau des Erschlagenen, ebenfalls völlig angekleidet und mit einem wärmenden Kopftuch umgeschlagen. An der Stirn war eine klaffende Wunde zu sehen, die bis zum Schädel führte. Die Tat muß nach dem bisherigen Befund am Donnerstag abend verübt worden sein.

Spenden für die Altershilfe.

Lehrer F., Rogowo, Kr. Znin	5 000.— M.
6 Schüler der evgl. Schule in Rogowo	9 700.— „
Ernst Lehmann, Przemysławki	5 000.— „
Gnesener Brauerei	10 000.— „
Sammlung und Skatgewinn bei O. O.	1 000.— „
S. K. J.	50 000.— „
	80 700.— M.
Vortrag aus Nr. 275	2 433 382.— „
zusammen	2 514 082.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.